



66. Sitzung

Donnerstag, 15. August 2013

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira und Vizepräsidentin Barbara Duden

Inhalt:

Mitteilung der Präsidentin Fortsetzung der Tagesordnung	5023	Veggie-Day-Politik gefährdet Deutschland (nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Aktuelle Stunde	5023	Fraktion DIE LINKE: Hasskriminalität. Homophobe Attacken erfordern zivilgesell- schaftlichen Widerstand (nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
CDU-Fraktion: Senatorin Ahnungslos! Ham- burgs Justiz in schwerer See – hat Frau Schiedek das Ruder noch in der Hand? mit		Senatsantrag:	
GRÜNE Fraktion: Hamburgs Justiz in der Dauer- krise – ist Senatorin Schiedek ihren Aufgaben noch gewach- sen?		Wahl eines neuen stellvertre- tenden Vorsitzenden der Kom- mission für Bodenordnung und Abberufung des Vorgängers aus seinem Amt – Drs 20/8616 –	5035
André Trepoll CDU	5023, 5031		
Urs Tabbert SPD	5024, 5033	Beschluss	5035
Farid Müller GRÜNE	5026, 5032		
Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	5027, 5034	Ergebnis	5035
Christiane Schneider DIE LINKE	5028		
Jana Schiedek, Senatorin	5029	Antrag der CDU-Fraktion:	
Dr. Till Steffen GRÜNE	5033	Steuererhöhungspläne von Rot-Grün – Gift für Hamburger Familien und Unternehmen – Drs 20/8788 (Neufassung) –	5035
FDP-Fraktion: Mehr Vorschriften, mehr Steu- ern, weniger Freiheit: Grüne			

Roland Heintze CDU	5035
Jan Quast SPD	5037
Anja Hajduk GRÜNE	5038, 5045, 5045
Dietrich Wersich CDU	5039
Katja Suding FDP	5040
Norbert Hackbusch DIE LINKE	5042
Dr. Peter Tschentscher, Senator	5043
Thilo Kleibauer CDU	5044
Dr. Sven Tode SPD	5045
Robert Bläsing FDP	5046
Dora Heyenn DIE LINKE	5047

Beschluss 5048

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Personalmangel im Pflegedienst in Hamburgs Kliniken – die Auswirkungen auf die Versorgung der Patientinnen und Patienten darlegen

– Drs 20/8810 – 5048

Kersten Artus DIE LINKE	5048, 5053
Dr. Martin Schäfer SPD	5049
Birgit Stöver CDU	5050
Heidrun Schmitt GRÜNE	5051
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	5051
Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin	5052

Beschluss 5054

Senatsantrag:

Antrag des Senats auf Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Herrn Dr. Michael Otto

– Drs 20/8442 – 5054

Olaf Scholz, Erster Bürgermeister	5054
Dr. Andreas Dressel SPD	5056
Dietrich Wersich CDU	5057
Jens Kerstan GRÜNE	5058
Katja Suding FDP	5059
Dora Heyenn DIE LINKE	5060

Beschluss 5061

Beginn: 15.01 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Bitte nehmen Sie Platz, die Sitzung ist eröffnet.

Ich möchte gerne mit zweifachen Glückwünschen beginnen. Diese richten sich zum einen an unsere Kollegin Phylliss Demirel und zum anderen an unseren Kollegen Andreas Wankum, die beide heute Geburtstag haben. Liebe Frau Demirel, lieber Herr Wankum, im Namen des ganzen Hauses herzliche Glückwünsche.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dann setzen wir die

Aktuelle Stunde

von gestern fort.

Ich rufe daher gemeinsam das zweite und dritte Thema auf, die beide gestern wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnten. Das zweite, von der CDU-Fraktion angemeldete Thema lautet:

Senatorin Ahnungslos! Hamburgs Justiz in schwerer See – hat Frau Schiedek das Ruder noch in der Hand?

Das dritte Thema wurde von der GRÜNEN Fraktion angemeldet und lautet:

Hamburgs Justiz in der Dauerkrise – ist Senatorin Schiedek ihren Aufgaben noch gewachsen?

Das Wort wird gewünscht von Herrn Trepoll, und Sie haben es.

André Trepoll CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Was ist bloß los in Hamburgs Justizlandschaft? Diese Frage drängt sich nach den letzten turbulenten Wochen geradezu auf. Knastskandal, Justizkrise, viele Baustellen in der Justiz, Schaden für Hamburg, Brandbrief – das sind nur wenige Auszüge aus den Schlagzeilen der vergangenen Wochen. Jetzt rächt sich, dass der Senat und die Justizsenatorin Schiedek in den letzten zwei Jahren die Leistungsfähigkeit unserer Justiz sträflich vernachlässigt haben.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Ein Gefangener wird mehrfach brutal von Mithäftlingen zusammengeschlagen und schwer verletzt, ein anderer flieht in Hollywood-Manier aus einer maroden Haftanstalt. Staatsanwälte beklagen sich in einem Brandbrief an die Senatorin über den Zustand und die Ausstattung der Staatsanwaltschaften. Der Hamburgische Richterverein sieht die rechtsstaatliche Sicherheit in Hamburg gefährdet.

Der Hamburgische Anwaltverein beklagt, dass das Rechtsschutzbedürfnis der Hamburger bereits schweren Schaden erlitten habe. Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer erklärt genauso öffentlich ihre Besorgnis über die derzeitigen Zustände in der Hamburger Justizlandschaft und warnt, dass weitere Belastungen nicht mehr aufgefangen werden können. Die Gewerkschaft der Strafvollzugsbediensteten schlägt ebenfalls Alarm und sagt, dass der Schutz der Bevölkerung und eine Resozialisierung mit dem derzeitigen Personalbestand nur schwer, wenn nicht gar unmöglich zu leisten seien. Die nächste Hiobsbotschaft kommt aus der Vorführungsabteilung der Untersuchungshaftanstalt, die ebenfalls vollkommen überlastet ist. In den letzten Monaten mussten bereits Hauptverhandlungstermine gänzlich abgesagt werden. Von den erheblichen Verfahrensverzögerungen, insbesondere bei den einstweiligen Verfügungsverfahren, den sogenannten Eilverfahren am OLG, will ich gar nicht sprechen.

Jetzt stellt sich die Frage, was die zuständige Senatorin unternimmt. Leider gar nichts. Frau Schiedek ignoriert die Probleme, sie redet sie schön oder verharmlost sie. Aus ihrer Sicht ist scheinbar alles in Ordnung in Hamburgs Justiz. Frau Schiedek spielt die Ahnungslose.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

An zwei Beispielen will ich dies deutlich machen. Zu den Gewaltvorfällen in der Haftanstalt Billwerder: Ein Häftling wurde mehrfach angegriffen und schwer verletzt. Nach dem letzten Angriff, bei dem ihm das Jochbein, das Nasenbein und der Oberkiefer gebrochen wurden, musste die Polizei erst von der Mutter des Opfers informiert werden, und die Spuren der Tat in der JVA wurden beseitigt. Die Behördenleitung wurde nach eigener Darstellung weder bei der ersten noch bei der letzten Attacke informiert, verlautet es auf meine Fragen in der Schriftlichen Kleinen Anfrage mehrmals.

Ich frage Sie, Frau Schiedek: Wieso lassen Sie sich über solche derart rechtswidrigen und schlimmen Vorgänge in einer Justizvollzugsanstalt in Hamburg nicht rechtzeitig und umfassend informieren? Was soll denn noch passieren, damit Sie Interesse zeigen? Der Gipfel des Versagens ist die Tatsache, dass Sie jetzt angeordnet haben, das Melde- und Anzeigeverhalten der JVAs gegenüber Polizei und Staatsanwaltschaft zu ändern und bei Straftaten erheblichen Ausmaßes die Ermittlungsbehörden nun regelhaft zu informieren. Es ist doch ein Skandal, dass es schriftlicher Verfügungen bedarf, damit Polizei und Staatsanwaltschaft bei schweren Straftaten überhaupt erst informiert werden.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

(André Trepoll)

Zum zweiten Beispiel: Da gelingt einem einer schweren Straftat Beschuldigten vor Kurzem ein spektakulärer Ausbruch aus dem Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis. Dass die Bausubstanz beim Untersuchungsgefängnis teilweise löchrig ist wie ein Schweizer Käse war hinlänglich bekannt,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Vor allem schon seit Ihrer Amtszeit!)

auch Ihnen, Frau Schiedek. Sie glaubten sogar, dass der Gefangene das Loch innerhalb weniger Stunden aufbrechen konnte, so in Ihrer Pressemitteilung nach dem Ausbruch zu lesen. Erst als man ihn nach der erneuten Festnahme befragen konnte, wurde Ihnen klar, dass dieser Ausbruch über Tage vorbereitet worden war.

Trotzdem wurden die Insassen vorher nicht in den intakten Teil der Anstalt verlegt, das geschah erst nach der Flucht. Die täglichen Gitterkontrollen haben Sie, Frau Schiedek, erst im Dezember 2012 abgeschafft. Die regelhaften Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen wurden anscheinend nur noch eingeschränkt und lückenhaft durchgeführt, insbesondere in der Umbauphase, sodass Paletten locker verteilt im Innenhof für Ausbruchversuche der Gefangenen quasi bereitlagen, und zur Sicherheit haben Sie den S-Draht auch an einigen Stellen gleich entfernen lassen. Über das Sicherheitskonzept haben Sie sich nach Ihrem Amtsantritt ebenfalls nicht informiert, so Ihre Aussage im Justizausschuss.

Der richtige Hammer ist aber, dass sich Mitarbeiter aus dem Vollzug an die Anstaltsleitung gewandt und Anfang Mai ihre Besorgnis über die Sicherheitslage in der U-Haft geäußert haben. Diese Mail liest sich wie eine Ausbruchsanleitung, und ich will einmal daraus zitieren.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist ja schön, dass Sie jetzt Ausbruchsanleitungen zitieren!)

Da schreibt der Mitarbeiter:

"Gefangene, die diese gravierenden Mängel aus ihren Hafttraumfenstern beobachten, könnten zu Ausbrüchen animiert werden."

– Zitatende.

Genauso ist es zwei Monate später auch gekommen. Wieso lassen Sie sich über solch wichtige Vorgänge innerhalb einer Haftanstalt nicht informieren? Wie wollen Sie in Zukunft sicherstellen, dass über solche Versäumnisse zeitnah informiert wird, oder soll die Methode der Nichtinformation der Behördenleitung etwa weiterhin gepflegt werden? Frau Schiedek, ist es Absicht, dass Sie sich einfach nicht informieren lassen, damit Sie hinterher sagen können, Sie hätten von nichts gewusst?

(Dr. Martin Schäfer SPD: Mittäterschaft!)

Ist das eine von Ihnen vorsätzlich organisierte Ahnungslosigkeit?

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das ist doch peinlich!)

Meine Damen und Herren! Die Justiz ist ein wichtiger Baustein der Inneren Sicherheit, sie genießt bei Ihnen jedoch keine Priorität. Dies ist schon in den Haushaltsberatungen für den aktuellen Doppelhaushalt sehr deutlich geworden, wir haben darauf hingewiesen.

Frau Senatorin Schiedek ist justizpolitisch kein Fels in der Brandung, sondern gleicht mittlerweile vielmehr einer Kapitänin, die sich mit ihrem Schiff in schwerer See befindet und führungs- und orientierungslos quasi per Autopilot direkt auf die Klippen zusteuert,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und das Traumschiff Kusch ist untergegangen!)

denn zusammenfassend muss man leider feststellen, dass Sie, Frau Justizsenatorin Schiedek, entweder nichts gewusst haben, nichts erfahren haben oder nichts unternommen haben – zu wenig, um Ihrem Amt als Justizsenatorin gerecht zu werden. Die Innere Sicherheit ist ein hohes Gut, und dafür brauchen wir eine funktionierende Justizlandschaft. Handeln Sie endlich.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt Herr Tabbert das Wort.

Urs Tabbert SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich könnte es mir leicht machen. Wer heute die Zeitung gelesen hat, stieß auf die dicke Überschrift:

"Nach der Knastflucht sollte die Opposition mal lieber ruhig sein"

(Juliane Timmermann SPD: Wohl wahr!)

Aber ich probiere einmal, eines nach dem anderen aufzudröseln, und beginne mit einem anderen Zitat vom April dieses Jahres aus derselben Zeitung:

"Das ist doch mal eine gute Nachricht: Unter Justizsenatorin Jana Schiedek ([...] SPD) sind Hamburgs Knäste so sicher wie noch nie."

(Beifall bei der SPD)

"Im vergangenen Jahr hat es nur vier Gefängnisausbrüche aus Hamburger Justizvollzugsanstalten gegeben."

(Birgit Stöver CDU: Nur?)

– Hören Sie gut zu.

(Urs Tabbert)

"Zum Vergleich: Zehn Jahre zuvor waren es noch 55."

(*Dr. Walter Scheuerl CDU: In den Achtzigerjahren waren es 500!*)

"Ähnlich sieht es bei Freigängern aus, die nicht in den Knast zurückkehrten. Davon gab es 2012 nur noch 20. Zehn Jahre zuvor waren das noch 223."

Das stand, wie gesagt, im April so in einer großen hamburgischen Tageszeitung, und wir erinnern uns doch alle, wer vor zehn Jahren in Hamburg Justizsenator war. Das war ein gewisser Roger Kusch, der, lieber Kollege Trepoll, Mitglied Ihrer Partei war.

(Beifall bei der SPD)

Sie sehen, wie nah Freud und Leid im Strafvollzug beieinanderliegen. Deswegen rate ich uns allen weder zu Hysterie, wenn es wie hier leider wieder einmal zu einem Ausbruch gekommen ist, noch rate ich dazu – und das hat auch keiner von uns gemacht –, zu jubeln oder sich selbst zu beweihräuchern, wenn – und so soll es auch sein – alles gut läuft.

Besonders ärgerlich bei dem zitierten Ausbruch ist, dass bereits Ende 2007 ein ähnlicher Ausbruch gelang. Allein deswegen sind Politik und auch die Anstalt besonders gefordert, kritisch aufzuarbeiten, wie es erneut zu einem Ausbruch aus der Untersuchungshaftanstalt kommen konnte, und möglichst rasche und nachhaltige Lösungen zu erarbeiten. Eines ist dabei aber jetzt schon klar geworden: Das Ganze geschah trotz des Sicherheitskonzepts, das der CDU-geführte beziehungsweise schwarzgrüne Vorgängersenaat erarbeitet hatte und dessen Umsetzung mit dem zentralen Kernstück einer elektronischen Außensicherung kurz vor dem Abschluss stand. Das macht den Ausbruch besonders bitter.

Die SPD-Fraktion ist gerade deshalb besonders an der Aufklärung und Aufarbeitung der aktuellen Vorfälle im Justizvollzug interessiert. Das betrifft nicht nur den Ausbruch aus der Untersuchungshaftanstalt, sondern auch die von Ihnen genannten im Raum stehenden Gewaltvorwürfe, die derzeit von den Justizbehörden aufgeklärt werden. Dabei sollte im Vordergrund stehen, dass die Fehler gefunden und behoben werden. Daher haben wir als SPD-Fraktion auch umgehend einer Selbstbefassung im Justizausschuss direkt nach den Ferien zugestimmt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben es auch sehr begrüßt, dass die Senatorin sich am Morgen nach dem Ausbruch des Gefangenen Thomas S. in der Untersuchungshaftanstalt umgehend selbst ein Bild vor Ort gemacht hat und Sofortmaßnahmen angeordnet hat.

(*Nikolaus Haufler CDU: Wahnsinn!*)

Die Vorfälle müssen nun richtig eingeordnet und bewertet werden. Im Justizausschuss hat die Senatorin inzwischen über die eingeleiteten Sofortmaßnahmen und die Pläne, wie verbliebene Schwachstellen in der UHA zu beheben sind, berichtet und weitere Aufklärung angekündigt. Diese Aufarbeitung werden wir auch im Justizausschuss weiter fortsetzen. Dieses Vorgehen der Justizsenatorin, die eben keine voreiligen Schlüsse zieht und keine Vorverurteilungen trifft, rechne ich ihr hoch an, denn – hören Sie gut zu, Herr Trepoll – ein Justizsenator zeigt,

"[...] dass er sich dem Prinzip der Ministerverantwortung stellt, wenn er die Fehler auf sich nimmt und sich dabei vor seine Mitarbeiter stellt. Das, finde ich, ist ein anständiges und faires Verhalten."

Das war übrigens ein Zitat von Ihnen, Herr Kollege Trepoll, aus der vorletzten Legislaturperiode, bezogen auf den damaligen CDU-Justizsenator Carsten-Ludwig Lüdemann.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, Sie erinnern sich noch daran und messen hier nicht mit zweierlei Maß.

(Beifall bei der SPD)

In derselben Debatte im Jahr 2008 nach dem letzten spektakulären Ausbruch aus der UHA sagte Justizsenator Lüdemann von der CDU übrigens:

"Nun war ich lange genug selbst Abgeordneter, um zu wissen, wenn so ein Senator erst einmal unter Beschuss gerät, dann muss man das Feuer irgendwie am Brennen halten."

Diese offenbar alte CDU-Abgeordnetenregel beherzigen Sie, lieber Kollege Trepoll und auch lieber Herr Kollege Müller, wenn Sie eine Debatte anmelden mit den Stichworten "Justiz in schwerer See" oder "Dauerkrise in der Hamburger Justiz". Aus Oppositionssicht ist Ihr Vorgehen nur allzu verständlich, und vielleicht war die Presseberichterstattung in der sommerlichen Saure-Gurken-Zeit auch zu verlockend für einen Generalangriff auf die Justizsenatorin.

Niemand und schon gar kein Sozialdemokrat nimmt das Thema Justiz- und Strafvollzug auf die leichte Schulter. Ich setze allerdings weiterhin darauf, dass es allen Anwesenden hier um sachliche Aufklärung und nicht um blanke Skandalisierung geht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Herr Müller das Wort.

Farid Müller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Tabbert, es hat jetzt wenig Sinn, in einer Situation, wo wir auch in der Öffentlichkeit tatsächlich über eine Justizkrise sprechen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie sprechen von einer Justizkrise!)

immer auf eine Vergangenheit zu verweisen, die jetzt offenbar nicht weiterhilft.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

Es gibt allen Grund, dass das Parlament sich aktiv damit auseinandersetzt, und das tun wir einerseits im Justizausschuss und eben heute auch hier.

(Wolfgang Rose SPD: Na ja!)

Wir haben es hier mit ganz vielen Bereichen zu tun, die auf einmal hochgekommen sind. Fangen wir doch einmal mit dieser filmreifen Flucht aus der U-Haft an, die wir im Juli erleben konnten. Wenn wir uns einmal die Ursachen anschauen, dann war auch in der Senatsantwort auf diese Vorkommnisse zu lesen, dass sich im Dezember letzten Jahres die U-Haftanstalt in ihrer Personalnot nicht anders zu helfen wusste, als die Sicherheitsmaßnahme der täglichen Gitterkontrollen herunterzufahren, um mit dieser Personalnot zurechtzukommen. Sie hat den Antrag beim Strafvollzugsamt gestellt, und das Strafvollzugsamt hat das dann eben auch genehmigt. Das Ergebnis dieser Sache ist: Die Senatorin wusste von diesem Vorgang nichts, ordnete dann nach der Flucht am 19. Juli die sofortige tägliche Gitterkontrolle wieder an. Und weil wir vorher einen Personalnotstand hatten, mussten dafür etliche Bedienstete von Billwerder in die U-Haft wechseln. Das hätte sie wahrscheinlich im Dezember schon tun sollen, das war ein Versäumnis.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Eben ist schon erwähnt worden, dass bei dieser Baustelle der Außenmauer, die, wenn sie fertig gebaut ist, tatsächlich für mehr Sicherheit in der U-Haft sorgen soll, viele Dinge passiert sind und auch vorlagen und dass ein Mitarbeiter dann tatsächlich in seiner Not eine Mail geschrieben und darauf hingewiesen hat, dass es aus seiner Sicht dort erhebliche Sicherheitsprobleme gebe; Herr Trepoll hat eben schon zitiert. Auch hier haben wir festgestellt, dass die Behörde und die Senatorin von dieser Mail nichts wussten. Aber was aus meiner Sicht viel gravierender war: Zwei Monate lang, nachdem gemeldet wurde, dass dieses Teilstück Stacheldraht auf der Außenmauer fehle, ist nichts passiert – bis zum 19. Juli. Und man weiß bis heute nicht, das haben wir auch im Ausschuss nicht klären können, warum nicht gehandelt wurde. Das bleibt weiter offen, und auch die Senatorin wusste darauf keine Antwort.

Dann müssen wir uns noch einmal damit auseinandersetzen, wieso es überhaupt eine Personalnot in der U-Haft gab, denn wir wissen doch alle, dass wir seit Jahren weniger Gefangene und eher einen Überhang beim Personal haben. Da fragt man sich doch, wie es dann zu einer Personalnot in einer einzelnen Anstalt kommt, und wenn es dazu kommt, wieso sie nicht behoben werden kann. Viele Fragen, keine Antworten – hier ist eine richtige Baustelle, zu der es bisher keinerlei Lösungen und Antworten von der Justizbehörde gegeben hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Wir haben jetzt nachgefragt – auch im Zusammenhang mit der Staatsanwaltschaft, das ist die andere Baustelle –, wie es denn eigentlich mit dem Personal in den einzelnen Justizvollzugsanstalten aussehe. Dann kam die Antwort, das könnten Sie uns so nicht sagen, das sei Verwaltungstätigkeit, da gebe es keine Antworten, wo eigentlich Personal abgebaut würde. Auch das geht so nicht, Frau Senatorin, das muss das Parlament schon erfahren, wenn wir wissen, dass es auch durch die angebliche Personalknappheit gravierende Sicherheitsprobleme gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Roland Heintze und André Trepoll, beide CDU)

Dann erreichte uns der Brandbrief der Staatsanwaltschaft, und das hat auch etwas mit dem Thema Sicherheit zu tun. Sie haben entschieden, dass bei der Polizei und der sogenannten Inneren Sicherheit ein Schonbereich gelten soll. Nun arbeitet die Polizei fleißig, macht und tut, die Ermittlungen laufen, die Akten sind fertiggestellt und sollen dann zur Staatsanwaltschaft kommen. Was passiert? Dort sollen nun, wie in dem Brief steht, bis 2015 25 Stellen abgebaut werden. Uns im Parlament wurde gesagt, das seien nur 7,9 Stellen. Wie auch immer: Zurzeit sagt die Staatsanwaltschaft – und man kann ihr auch erst einmal glauben –, dass sie die Arbeitsfähigkeit ihrer Behörde in den nächsten Jahren nicht mehr gewährleisten könne. Das ist ein schlimmer Vorgang, und auch dazu haben wir von der Senatorin außer verwirrenden Zahlen, die nicht stimmen, keinerlei Antworten gehört. Weitere Nachfragen sind garantiert, und ich frage mich tatsächlich, ob es neben dieser Justizkrise auch ein ausgeartetes Stellenchaos in dieser Behörde gibt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die sogenannte Justizkrise!)

– Das ist ernst zu nehmen, weil die Justiz ein ganz wichtiger Baustein der Sicherheit dieser Stadt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Roland Heintze und André Trepoll, beide CDU)

Wir werden die weiteren Baustellen noch ausgiebig bearbeiten, wir sind noch lange nicht fertig, und wir

(Farid Müller)

haben ein großes Interesse daran, dass es gut wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt bekommt Frau von Treuenfels das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Senatorin Schiedek, Sie werden sich vielleicht aus dem Kino erinnern, dass Steve McQueen in dem berühmten Streifen "Papillon" drei gefährliche Versuche braucht, bis er endlich aus dem Gefangenenlager fliehen kann. In "Flucht aus Alcatraz" quält sich Clint Eastwood durch abenteuerliche Lüftungsschächte, um knapp zu entkommen. So dramatisch inszeniert Hollywood Gefängnisausbrüche, aber diesen Aufwand könnten sich die Studiobosse in Hollywood sparen, sollte sie der Senat im Rahmen der Standort- und Filmförderung einmal an die Elbe einladen. In Hamburg reichen unter Justizsenatorin Jana Schiedek nämlich Messer, Gabel und Besenstiel, um auszubrechen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

In Hamburg kann ein mutmaßlicher Sexualstraftäter locker über die Mauern der Untersuchungsgefängnisanstalt klettern. In Hamburg bemerkt das Wachpersonal die Grabeversuche in der Zelle wochenlang nicht, und den ausgelösten Alarm nach der Überwindung der Gefängnismauer schreibt es irgendwelchen Tieren zu. Diese Hamburger Zustände sind hanebüchen und eigentlich unglaublich. Anders als im Kino ist das für Hamburg weder spannend noch unterhaltsam, sondern nur peinlich und auch gefährlich.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Die "Bergedorfer Zeitung" und auch ich als Abgeordnete erhalten anonyme Briefe von frustrierten Justizmitarbeitern – sie wurden eben zitiert –, die schon vor diesem Ausbruch die unzureichende Sicherheitslage in der heruntergekommenen U-Haftanstalt zum Inhalt hatten. Wie muss es denn um die interne Kommunikationskultur der Justizbehörde stehen, wenn Mitarbeiter sich mit Warnungen nicht ernst genommen fühlen und sich deshalb an Opposition und Presse wenden, Frau Senatorin?

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll CDU*)

Die Gefängnisleitung hatte die Gitterkontrollen in den Zellen aus Personalmangel erheblich reduziert. Sie, Frau Senatorin, haben von dieser Änderung bis zum Ausbruch nicht einmal etwas gewusst. An den Baustellen fehlte über längere Zeit eine Stacheldrahtsicherung. Sie haben bis zum

Ausbruch davon aber auch nichts gehört, Frau Schiedek. Als Sie, Frau Senatorin, dann an Ort und Stelle eintrafen, hieß es, ein herunterhängendes Kabel habe Thomas S. zur Flucht verholfen. Aber erst das Geständnis des später gefassten Flüchtlings klärt auf, wie es wirklich war. Offenbar gibt es ein breites Angebot zum Abhauen in dieser U-Haftanstalt, Frau Senatorin, und das stimmt uns trostlos.

(Beifall bei der FDP)

Das zeigt vor allen Dingen, dass Sie in Ihrer Behörde völlig abgekoppelt von den Problemen in der U-Haftanstalt sind, die doch nur ein paar Straßenecken entfernt ist. Sie erfahren anscheinend nichts. Die Probleme sind, wie im berühmten Filmtitel, vom Winde verweht.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das ist ja ein cineastisches Feuerwerk, das Sie hier abziehen!)

Und dann erleben wir noch diese Peinlichkeit, dass Sie nicht in der Lage sind – hören Sie zu, hier wird es wichtig –, den starken Anstieg der Kosten für die geplante Sanierung der U-Haftanstalt schlüssig zu erklären. 2011 haben Sie uns in der Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage gesagt, dass mit gut 10 Millionen Euro zu rechnen sei. Jetzt sind es schon 16,5 Millionen Euro, und Sie, Frau Senatorin, wollen uns in der Sondersitzung des Justizausschusses weismachen, der Anstieg beruhe, so wörtlich, auf gestiegenen Handwerkerтарifen. Fast zwei Drittel mehr in zwei Jahren für teures Handwerk? Das ist doch grober Unfug.

Glasklar dagegen ist, warum Frau Schiedek mit der überfälligen Erneuerung der maroden U-Haftanstalt in den zwei Jahren ihrer Amtszeit nicht wirklich vorangekommen ist: weil Sie zu oft in Berlin unterwegs waren, um sich in Sachen Frauenquote im Bundesrat zu profilieren.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Jetzt kommt die Leier wieder!)

Derweil haben Sie Ihre Aufgaben hier in der Hansestadt vernachlässigt. Wenn Sie in Ihrem Hamburger Verantwortungsbereich etwas unternommen haben, dann war es das zweijährige mutlose Herumdoktern an der Umstrukturierung des Justizvollzugs, und das auch noch mit schlechtem Ergebnis.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Die millionenteure Verlegung des Frauenvollzugs nach Billwerder wird von allen relevanten Fachleuten und der gesamten Opposition abgelehnt. Ich werde nicht müde, das zu erwähnen – schon wegen der unwägbaren Risiken für die Frauen. Welche Zustände aber in Billwerder herrschen, haben die öffentlich gewordenen Gewaltvorfälle um den

(Anna-Elisabeth von Treuenfels)

Gefangenen Sven K., die wir alle kennen, gezeigt. Und auch hier wieder dasselbe Muster: Meldewege bei Gewaltvorfällen sind unklar oder werden nicht eingehalten, Beweise werden nicht gesichert, Angehörige des misshandelten Gefangenen müssen erst die Polizei einschalten, und die Behördenleitung kann den Verdacht der Vertuschung nicht ganz ausräumen. Solche Zustände, Frau Senatorin, sind doch offenkundig nicht geeignet, um einen Frauenvollzug genau dorthin zu verlagern. Verstehen Sie das bitte endlich.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Diese Zustände sind aber sehr wohl geeignet, um die Verhältnisse in Billwerder dringend und detailliert wieder auf rechtsstaatlich vertretbares Niveau zu bringen. Aber auch hier tun Sie nicht genug, weichen aus und wissen nichts Genaues zu berichten. Diese Justizsenatorin wird so zur Personifizierung einer Hamburger Justizkrise, man muss es leider so benennen.

(Beifall bei der FDP)

Die Zustände lassen sich wohl treffend mit dem Filmtitel "Apocalypse Now" umschreiben, und für Sie, Frau Senatorin, ist es jetzt High Noon. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt hat Frau Schneider das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Ich bin dagegen, spektakuläre Vorfälle wie den Ausbruch eines Gefangenen, aber auch Gewaltvorfälle in der JVA Billwerder auf eine solche Weise politisch auszuschlachten, wie es meine Oppositionskolleginnen und -kollegen vor mir getan haben.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das wird nahezu zwangsläufig populistisch, auch bei allen romanwürdigen Bildern, und ist für eine angemessene differenzierte Behandlung realer Probleme nicht hilfreich.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Zum Gefängnisausbruch: Wir haben den Ausbruch eines Gefangenen aus dem Untersuchungsgefängnis in einer Sondersitzung des Justizausschusses behandelt. Es ist nicht meine Aufgabe und auch nicht meine Absicht,

(*Olaf Ohlsen CDU:* Das ist ja ganz neu!)

den Senat und die Senatorin gegen Kritik aus der Opposition zu verteidigen, aber die aufgeblasene Aufregung von Herrn Trepoll zum Beispiel teile ich einfach nicht. Es ist in der Sondersitzung deutlich

geworden, dass mindestens eine gravierende Fehleinschätzung und eine Verkettung unglückseliger Umstände den Ausbruch begünstigt haben. Bisher habe ich aber nicht den Eindruck gewonnen, dass der Senat der Untersuchung der Schwachstellen und Fehler aus dem Wege geht. Ich erwarte, dass er dem Ausschuss einen detaillierten Bericht darüber und über die zu ziehenden Konsequenzen bei der Weiterentwicklung des schon aus dem Jahr 2008 stammenden Sicherheitskonzepts vorlegt. Was ich nicht erwarte, ist, dass die Frau Senatorin sich hinter einen Busch hockt und darauf wartet, ob jemand kommt, oder dass sie die Mauern abschreitet, um zu schauen, ob irgendwo etwas fehlt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Aber kein noch so totales Kontrollregime bietet Gewähr, ein Entweichen von Gefangenen zu verhindern.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Wie die Erfahrungen aus der DDR wahrscheinlich!)

Unter der SPD-Regierung kommen Entweichungen und Ausbrüche ebenso vor wie unter CDU-Regierungen, und auch sogenannte ausbruchsichere Gefängnisse stellen sich immer wieder als eben nicht ausbruchsicher heraus. Deshalb halte ich eine Instrumentalisierung für im Moment billig und auf die Dauer teuer, denn es kann zurückschlagen.

Sehr problematisch sind in der Tat die öffentlich gewordenen Gewaltvorfälle in Billwerder, die in der Sondersitzung aus Zeitgründen nicht mehr erörtert werden konnten. Einige Umstände finde ich bei meinem gegenwärtigen Wissensstand höchst problematisch, vor allem die Tatsache, dass bei Hinweisen auf schwerere Straftaten Polizei und Staatsanwaltschaft offenbar nicht schnell und automatisch eingeschaltet werden. Hier steht eine gründliche parlamentarische Aufarbeitung noch aus. Diese ist aber vor allem auch deshalb notwendig, weil die öffentlich gewordenen Vorfälle und die Vorfälle, die der Senat in seiner Antwort auf Schriftliche Kleine Anfragen aufführt, nur die kleine Spitze eines großen Eisberges sind. Laut einer Studie von Professor Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut aus dem letzten Jahr sind über 25 Prozent der befragten erwachsenen männlichen Gefangenen im Laufe eines Monats Opfer mindestens eines körperlichen Übergriffs geworden, im Jugendstrafvollzug war es sogar fast die Hälfte. Das ergab eine Untersuchung in fünf Bundesländern.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Das ist ja unglaublich! Ein Skandal ist das ja!)

– Das ist ein Skandal.

Viele Gewaltopfer zeigen selbst schwere Übergriffe nicht an, und häufig können sie, aus welchen Gründen auch immer, nicht einmal mit anderen

(Christiane Schneider)

Menschen darüber sprechen. Im Gefängnis gelten offenbar andere subkulturelle Regelungen. Das ist ein allgemeines Problem des Justizvollzugs und der totalen Institution Gefängnis. Nicht nur der Justizvollzug, nicht nur die Exekutive, sondern auch wir als Bürgerschaft müssen uns mit dem bedrückenden Problem befassen und damit, wie Gefangene ermutigt werden können, Hilfe gegen Gewalt in Anspruch zu nehmen. Jeder Fehler im Umgang mit Gewalt und jede verweigerte Unterstützung ist deshalb extrem kontraproduktiv. Daher dringt unsere Fraktion darauf, dass die Vorfälle in Billwerder nicht nur restlos aufgeklärt, sondern dass auch Konsequenzen gezogen werden. Populismus hilft hier nicht weiter.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Unter den allgemeinen Überschriften dieser Aktuellen Stunde lässt sich vieles ansprechen. Der dritte Komplex ist die schwere Unterfinanzierung der Justiz. Wenn sich die Staatsanwaltschaft, die Richter und die Anwälte mit Warnrufen an die Öffentlichkeit wenden, dann ist die Lage ernst. Überarbeitung auf der einen Seite – sicher nicht überall, aber an zu vielen Stellen – und überlange Verfahrensdauer auf der anderen Seite bedrohen die Justiz in ihrer Funktionsfähigkeit und unterhöhlen den Rechtsschutz und die rechtsstaatliche Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Das zu beklagen und zu verurteilen reicht aber nicht aus. Wenn die anderen Oppositionsparteien ihre Kritik ernst meinen und nicht nur wahlkampfaktisch, dann müssen sie die Konsequenzen ziehen; als glühende Befürworter der Schuldenbremse sind sie unglaubwürdig.

(Beifall bei der LINKEN – *Dietrich Wersich CDU*: Da klatscht nicht mal mehr die SPD!)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Senatorin Schiedek das Wort.

Senatorin Jana Schiedek:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jede Entweichung aus dem Strafvollzug ist ein ernster Vorgang, weil er die berechtigten Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger berührt. Deshalb ist es wichtig, dass wir den Vorfall umfassend aufarbeiten. Wir haben bereits mit unterschiedlichen Maßnahmen reagiert.

Jeder Gewaltvorfall im Strafvollzug ist eine ernste Angelegenheit, weil sich die Gefangenen in staatlicher Obhut befinden. Auch deshalb ist es richtig, dass die Vorfälle in Billwerder sorgfältig aufgeklärt werden. Dennoch – und das möchte ich ausdrücklich erwähnen – sind die von Teilen der Opposition gegen den Strafvollzug erhobenen Vorwürfe weder in der Sache noch in der Form gerechtfertigt und zeichnen ein falsches Bild vom Strafvollzug in Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich trage Verantwortung für fast 5000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Behörde, in der Justiz und im Vollzug – Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag für Sicherheit und Recht sorgen, die gute Arbeit leisten und dafür Anerkennung und Respekt verdienen.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU*: Und eine Senatorin, die sich kümmert!)

In einem so großen System treffen viele Menschen verantwortungsvoll und eigenständig Entscheidungen. Das ist gut so und muss auch so bleiben. Wenn dabei Fehler geschehen, dann ist das natürlich nicht gut. Die Entweichungen aus der Untersuchungshaftanstalt und der Umgang mit den gewalttätigen Übergriffen in der Justizvollzugsanstalt Billwerder sind alles andere als normale Vorgänge, und ich habe in den letzten Wochen mehr als deutlich gemacht, dass ich beides sehr ernst nehme. Doch wo Menschen arbeiten, geschehen Fehler, und ich würde es mir zu leicht machen, wenn ich meine Verantwortung in solch einem Fall darauf reduzieren würde zu sagen: "Verhaften Sie die üblichen Verdächtigen." Genauso wenig kann die Alternative sein, dass künftig sämtliche Entscheidungen im Hamburger Strafvollzug allein von der Behördenleitung getroffen werden. Ich bezweifle sehr, dass die Senatoren Kusch, Lüdemann oder Steffen täglich jede Mauerkrone in den Vollzugsanstalten kontrolliert und selbst überprüft haben oder dass sie nach einem Gewaltvorfall im Strafvollzug selbst den Tatort gesichert haben.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Das hat auch keiner gesagt!)

Moderne Führungskultur bedeutet, dass auf allen Ebenen die Entscheidungen im eigenen Zuständigkeitsbereich selbstverantwortlich und selbstverantwortet getroffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet konkret, dass die Entscheidungen, die nach den Strafvollzugsgesetzen von den Anstalten zu treffen sind – und das war in der Untersuchungshaftanstalt und in Billwerder der Fall –,

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Sie haben die Aufsicht! – *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Sie haben die Verantwortung!)

auch dort getroffen werden. So ist es in den Strafvollzugsgesetzen vorgesehen, und zwar nicht erst seit dieser Legislaturperiode.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich trage ich als Justizsenatorin die Gesamtverantwortung, aber ich will auch, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die zuständigen Kolleginnen und Kollegen, wie im Fall der Außensicherung in der Untersuchungshaftanstalt geschehen, auf Mängel hinweisen, und dass sie verantwortungsvoll überlegen, wie diese abzustellen sind.

(Senatorin Jana Schiedek)

(Finn-Ole Ritter FDP: Da kann man sich ein paar Monate Zeit lassen, ist ja nicht so schlimm!)

Das geht nur, wenn wir einen angemessenen Umgang mit Fehlern haben und bei der Aufklärung nicht die im Nachhinein falsche Bewertung der Sicherheitslage im Vordergrund steht, sondern die Frage, wie es in Zukunft besser gemacht werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb habe ich auch sofort konkrete Maßnahmen zur Sicherung der Untersuchungshaftanstalt angeordnet und entschieden, dass ab sofort Untersuchungshaftanstalt und Strafvollzugsamt zweimal wöchentlich die Sicherheitslage in der Untersuchungshaftanstalt umfassend gemeinsam beraten. Ich habe auch veranlasst, dass bei gewalttätigen Übergriffen bis auf Weiteres im Zweifel sofort Polizei und Staatsanwaltschaft hinzugezogen werden. Das war in der Vergangenheit keine Selbstverständlichkeit, obwohl es so klingt.

(Beifall bei der SPD)

Sowohl die Entweichung aus der Untersuchungshaftanstalt als auch den gewalttätigen Übergriff in der JVA Billwerder arbeiten wir sorgfältig und vor allem transparent auf. Ich habe darüber bereits ausführlich in der Sonderausschusssitzung des Justizausschusses informiert und werde das natürlich auch weiterhin tun.

Eines steht aber fest, und das ist den Ausschussmitgliedern aus der Sonderausschusssitzung des Justizausschusses bereits bekannt, da es dort mehrfach wiederholt worden ist: An der Häufigkeit der Gitterkontrollen in der Untersuchungshaftanstalt hat es nicht gelegen, denn der betroffene Haftraum ist in den Tagen vor der Entweichung praktisch täglich, zuletzt am Tag vorher, kontrolliert worden, ohne dass die Manipulationen am Fensterrahmen, die bereits eine Woche vorher begonnen hatten, entdeckt wurden.

(Jens Kerstan GRÜNE und Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Das ist ja noch schlimmer!)

Meine Aufgabe ist es, darauf zu achten, dass die Abläufe richtig organisiert sind, und für die Rahmenbedingungen zu sorgen, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich auf ihre Arbeit konzentrieren können.

(Beifall bei der SPD)

Das tue ich zum Beispiel, indem ich mir regelmäßig und genau ansehe, wie die Belastungssituation bei der Staatsanwaltschaft und den Gerichten aussieht. Dabei nehme ich Klagen über besondere Belastungssituationen in einzelnen Bereichen sehr ernst, aber ich möchte an dieser Stelle auch einmal die Situation bei der Staatsanwaltschaft Ham-

burg deutlich machen. Im Großstädtevergleich – und dieser wird immer als der entscheidende herangezogen – lag die Staatsanwaltschaft Hamburg sowohl in 2011 als auch im vergangenen Jahr bei der Bearbeitungsdauer mit 1,3 Monaten an allererster Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Auch bei den Neueingängen und beim Bestand liegt Hamburg in diesem Vergleich deutlich unter dem Durchschnitt und hat relativ geringe Zahlen. An den Gerichten ist die Situation sehr unterschiedlich, aber auch hier haben wir überwiegend rückläufige Eingangszahlen. Und dort, wo es zu Mehrbelastungen kommt, sind wir im Gespräch, um einen internen Ausgleich zu schaffen. Für diese Rahmenbedingungen Sorge ich auch, indem ich das Projekt zu Arbeitsbedingungen und Fehlzeiten im Justizvollzug eingesetzt habe, bei dem die Kolleginnen und Kollegen in den Justizvollzugsanstalten sehr engagiert mitarbeiten. Die ersten Ergebnisse dieses Projekts sind erfreulich, denn was den Krankenstand anbelangt, haben wir den Trend nicht nur gestoppt, sondern umgekehrt. Nachdem die Krankenstände über Jahre sehr hoch waren, gehen sie jetzt langsam, aber kontinuierlich zurück. In der Justizvollzugsanstalt Billwerder, die immer besonders kritisiert wird, hat sich der Krankenstand seit Beginn des Projekts halbiert.

(Beifall bei der SPD)

Auf alle Anstalten bezogen befinden wir uns mit den aktuellen Zahlen aus Mai 2013 erstmals seit Jahren wieder unter 10 Prozent, und das liegt nicht an den vorzeitigen Pensionierungen, wie einzelne Abgeordnete gern behaupten. Deren Auswirkungen merkt man prozentual allenfalls an der Nachkommastelle.

Nun gilt es, diesen Krankenstand dauerhaft zu senken und die vorhandenen Strukturen in den Anstalten angesichts der gesunkenen Gefangenzahlen besser auszulasten, und dazu dient die beschlossene Neustrukturierung des Justizvollzugs.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe fast schon gehnt, dass wieder der Versuch gestartet wird, das Thema Gleichstellung gegen das Thema Justiz auszuspielen. Bezüglich der Bundesratsinitiativen, mit denen ich mich angeblich ständig beschäftige, zeigen die Zahlen im Vergleich zur vergangenen Legislaturperiode deutlich, dass es weniger sind,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber diese sind erfolgreicher als die früheren!)

aber diese sind erfolgreich, und das ist vielleicht der Unterschied.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte betonen, dass es extrem unangemessen ist, die Themen Gleichstellung und Justiz ge-

(Senatorin Jana Schiedek)

geneinander auszuspielen, und meistens kommt das von Personen, die damit nur deutlich machen, welche Bedeutung sie dem Thema Gleichstellung von Frauen und Männern zumessen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen, Frau von Treuenfels: "Papillon" war nicht mit Clint Eastwood, sondern mit Steve McQueen.

(Beifall bei der SPD)

Dass andererseits über die Hamburger Justiz und den Vollzug in der Vergangenheit vielleicht weniger berichtet worden ist, spricht vor allem für die gute und erfolgreiche Arbeit, die dort geleistet wurde, und dafür danke ich den dort Beschäftigten. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Uns verbleiben noch 18 Minuten für diese Aktuelle Stunde. Jetzt hat zunächst erneut Herr Trepoll das Wort.

(*Wolfgang Rose SPD:* Das war's doch jetzt!
– Zuruf aus dem Plenum: Welchen Film hast du denn gesehen?)

André Trepoll CDU:* – Ich habe leider nicht so viel Zeit, Filme zu schauen. Bei den Kollegen hingegen scheint das ausgeprägt zu sein.

Ich will mit einer Frage an die SPD, insbesondere an Frau Schiedek und Herrn Tabbert, beginnen. Was ist das?

"Die Unfähigkeit eines Menschen, das eigene Handeln mit der Objektivität der realen Welt [oder] der Denkweise seines Umfeldes in Einklang zu bringen."

(Heiterkeit bei der SPD)

Das ist die Definition von Realitätsverlust, und diese Diagnose muss man bei Ihnen wohl stellen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Tabbert, wenn man allen Ernstes behauptet, dass es keine Probleme in der Justiz gab,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das hat keiner gesagt!)

dass das Sommerloch herrschte und die Presse nichts zu schreiben hatte, dann ist das Realitätsverlust.

(*Gabi Dobusch SPD:* Sie sind intelligenter, als Sie jetzt tun!)

Bis auf die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen hat jeder, der in dieser Stadt etwas mit Justiz zu tun hat, diesen Senat und diese Senatorin in den letzten Wochen kritisiert, und das ignorieren Sie völlig. Das kann doch nicht Ihr Ernst

sein. Frau Schiedek spricht davon, dass moderne Führungskultur in ihrer Behörde herrsche.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das hat es bei Kusch nicht gegeben!)

– Dass Sie sich immer hinter Herrn Kusch verstecken müssen, Herr Dressel, ist wirklich auffällig. Ich weiß nicht, welches Trauma Sie haben.

(Beifall bei der CDU und Heiterkeit bei der SPD)

Dass Sie wahrscheinlich nicht jede E-Mail Ihrer Mitarbeiter lesen, kann ich nachvollziehen. Aber erklären Sie mir einmal, wie es möglich ist, dass der Gefangene am 19. Juli ausbricht und bis zum 25. Juli sechs Tage Zeit vergehen, bis in der "Bergerdorfer Zeitung" diese anonyme E-Mail, die an uns und an die Zeitung gesandt wurde, bekannt wird. Was hat es mit moderner Führungskultur zu tun, wenn Ihre Mitarbeiter Ihnen selbst dann, nachdem der Gefangene fort ist, die öffentliche Debatte beginnt und die Menschen Angst haben, immer noch nicht vorlegen, dass es eine E-Mail gab, und zwar Mitarbeiter, die Sie angeblich in Schutz nehmen wollen, die dort aussagen, dass sie es kommen gesehen haben? Selbst dann, als es passiert ist, hatten die Mitarbeiter offensichtlich noch immer nicht die Kompetenz und Fähigkeit, Ihnen das vorzulegen. Das muss Ihnen doch zu denken geben.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Till Steffen* und *Dr. Anjes Tjarks*, beide GRÜNE)

Um klar zu sehen, genügt oft ein Wechsel der Blickrichtung.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das ist ja eine total super Aussage!)

Ich will ein Zitat bringen:

"Vor massiven Stellenstreichungen bei unserer Staatsanwaltschaft kann ich an dieser Stelle nur vehement warnen."

Das kommt nicht aus dem Jahr 2008 von mir, sondern aus dem Jahr 2010 von Frau Schiedek, hier an diesem Pult gesprochen. Aber was erleben wir jetzt? Eine Kürzungsorgie

(*Urs Tabbert SPD:* Was bei Ihnen eine Orgie ist, das möchte ich mal wissen!)

und einen Aufschrei der Staatsanwaltschaft. Im Protokoll gab es noch Beifall bei der SPD-Fraktion, das ist offensichtlich jetzt bei Ihnen nicht mehr der Fall. Wir haben es durch die vom Senat auferlegten Schonbereiche in der Justiz mit einer Sparquote von 18,2 Prozent zu tun, wobei der Stellenbestand der Justiz gerade einmal 7,8 Prozent am Gesamtpersonalkörper der Hamburger Verwaltung beträgt, und dann wird die Strafjustiz von Ihnen noch zusätzlich über Gebühr zur Konsolidierung herangezogen.

(André Trepoll)

Frau Schiedek, Sie sprachen vom Städtevergleich und von 1,3 Monaten, aber Sie müssen auch schauen, wie die Entwicklung jetzt schon aussieht. Die allgemeinen Strafverfahren dauerten bei der Staatsanwaltschaft 2010 noch 62 Tage, 2011 69 Tage, im vergangenen Jahr 71 Tage, und bei der Summe aller staatsanwaltschaftlichen Verfahren, von denen Sie gesprochen haben, vergingen zwischen Eingang und Abschluss 2010 37 Tage, im Jahr darauf 39 Tage, jetzt 40 Tage und in diesem ersten Halbjahr 43 Tage. Da ist doch etwas im Busch, das muss man doch erkennen, wenn man diese Zahlen sieht, und die müssen Sie doch auch zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Es ist ein Alarmsignal, wenn der Generalstaatsanwalt und der Leitende Oberstaatsanwalt uns sagen, dass sie nicht mehr so leistungsfähig wie in den vergangenen Jahren seien. Auch dafür müssen Sie die Verantwortung übernehmen. Deshalb fordern wir Sie auf, ein umfassendes Konzept für die Umbaumaßnahmen der JVA, dabei in erster Linie der Untersuchungshaftanstalt, und, besonders wichtig, der Finanzierung vorzulegen.

Herr Müller hat es angesprochen, sagen Sie uns Abgeordneten endlich, wie die umfangreichen Stellenstreichungen bei der Staatsanwaltschaft und den Gerichten konkret aussehen. Oder ist es auch moderne Führungskultur, wenn Sie sagen, dass die anderen die Mistarbeit machen können und Sie damit in Ruhe gelassen werden wollen, das sei alles eigenverantwortlich? So kann man mit unserer Justiz nicht umgehen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Kämpfen Sie für eine angemessene Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften im Senat. Nehmen Sie endlich Platz auf der Brücke der Justizbehörde und erwecken Sie nicht länger das Bild der ahnungslosen Senatorin. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich muss mich korrigieren. Selbstverständlich haben alle Fraktionen, unabhängig von der Uhrzeit, noch einmal die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden, nachdem der Senat gesprochen hat.

Herr Müller, Sie haben das Wort.

Farid Müller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Schiedek, ja, Sie haben die Verantwortung für über 5000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen aber auch sehen, dass Sie sie wirklich wahrnehmen.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN)

Diesen Eindruck habe ich durch Ihre Worte eben nicht erhalten. Natürlich wird einem als Senatorin nicht jeder kleine Vorgang gemeldet, aber ich organisiere doch in einer Behörde, was ich wissen will und was nicht. Wir wissen, dass der Justizstrafvollzug nicht einfach ist. Aber wenn Sie wichtige Vorkommnisse, die zu Unfällen, Gewalt und Ausbrüchen führen können – Sie haben eben selbst davon gesprochen, dass wir auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Obhut haben –, wegorganisieren und erst hinterher von diesen erfahren, dann ist das ein Stück Verantwortungslosigkeit, die wir in diesem Fall auch anprangern. Nach der letzten Ausschusssitzung stand in den Medien, ob jetzt etwa die Anstaltsleiterin der U-Haft dran sei. Das Ergebnis Ihres Handelns war also, dass in den Medien darüber spekuliert wurde, ob die Anstaltsleiterin die Verantwortung für Dinge zu tragen haben würde, die Ihre Behörde falsch entschieden hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Gitterkontrolle war ein typisches Beispiel. Wie müssen sich die Beschäftigten in der U-Haft vorgekommen sein? Im Dezember schrieben diese Ihnen in ihrer Not, dass sie Sicherheitsmaßnahmen herunterfahren müssen, weil sie nicht mehr ausreichend Personal haben. Prompt gab es als Folge dessen einen Ausbruch, und am nächsten Tag wurden sofort zehn Mitarbeiter in die U-Haft abkommandiert. Das ist kein gutes Signal an die Beschäftigten und zeugt davon, dass nicht zugegeben wird, dass es einen Fehler gab.

Frau Senatorin, wenn bis zum letzten Tag, an dem der Gefangene so weit ist, dass er herauskommt, nichts gefunden wurde, dann wünscht man sich, dass es wenigstens kurz vor dem Ausbruch entdeckt worden wäre. Wenn das aus Ihrer Sicht alles nicht gewährleistet ist, warum haben Sie dann die täglichen Gitterkontrollen angeordnet? Widersprüche über Widersprüche und Sie haben sie heute nicht wirklich aufgelöst. Das bedeutet, ein Stück weit nicht die Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Sie sind für die Rahmenbedingungen zuständig, Frau Senatorin. Die Zahlen, die Sie eben zu den Krankenständen genannt haben, sind falsch. Sie haben den Bericht über die aktuellen Krankenstände in der Justiz und im Justizstrafvollzug, der ans Parlament gegangen ist, auch ans "Hamburger Abendblatt" gegeben. Für Billwerder wird eine andere Zahl genannt, und es stand dort nichts davon, dass sich die Zahl halbiert hat. Wir wissen alle, dass der Frust im Justizstrafvollzug noch lange nicht aufgearbeitet ist, und das wissen Sie auch, Frau Senatorin. Es wäre gut, wenn Sie das heute nicht damit wegwischen würden, dass wir angeblich auf einem tollen Weg seien. Dass das nicht so ist, wissen Sie. Das bedeutet auch, Rahmenbedin-

(Farid Müller)

gungen für Ihre Mitarbeiter zu schaffen. Das hinzubekommen ist Ihre Verantwortung, und es reicht nicht, Arbeitsgruppen einzurichten.

Wir bekommen doch mit, was passiert. Durch falsche politische Entscheidungen gibt es im Personalbereich ein Stellenchaos, sodass das Parlament bis heute nicht weiß, wer wo wie viele Beschäftigte hat, wer noch weggekürzt wird und wo das alles enden soll. Die Behörde konnte das dem Parlament bisher nicht erklären; das muss in den nächsten Wochen aufgearbeitet werden und geht so nicht. Wir müssen annehmen, dass Sie es selbst nicht mehr wissen und den Überblick verloren haben, wer bei Ihnen noch beschäftigt ist, wer demnächst nicht mehr beschäftigt ist und wer weggekürzt wird. Dieser Eindruck ist momentan entstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU – *Jan Quast SPD*: So ein Unsinn!)

Kommen wir noch einmal zur Staatsanwaltschaft. Es geht nicht, den Generalstaatsanwalt und den Oberstaatsanwalt mehr oder weniger bloßzustellen und zu sagen, dass sie sich nicht so anstellen sollen und das im Bundesvergleich eine tolle Behörde sei, dass sie das irgendwie hinbekommen müssen und sie doch im Gespräch mit Ihnen seien.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das hat sie doch gar nicht gesagt!)

Generalstaatsanwalt und Oberstaatsanwalt haben von 25 Stellen gesprochen und Sie schreiben 7,9 Stellen. Das ist ein riesiger Unterschied, das macht auch in der Arbeit in der Behörde einen großen Unterschied. Kein Wort dazu, wie Sie das aufklären und verändern wollen – das ist nicht verantwortungsvoll, Frau Senatorin. Ich habe den Eindruck, Sie wollen sich durchmuddeln.

(*Jan Quast SPD*: Weil Sie es nicht verstehen!)

Das ist nicht gut für die Justiz in Hamburg, und wir werden im Parlament dafür sorgen, dass Sie sich nicht durchschleichen können. Das hat die Hamburger Justiz nicht verdient. Ich weiß, dass Sie das auch so sehen. Tun Sie etwas, kämpfen Sie dafür, dass das Chaos beim Stellenbereich aufhört und dass Sie mehr Geld für die Justiz bekommen. Das hat nichts mit der Schuldenbremse zu tun, sondern mit ordentlichem Regieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU – Zurufe von der SPD: Oh!)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Herr Tabbert das Wort.

Urs Tabbert SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Trepoll, vielleicht haben Sie vorhin nicht gut zugehört, aber auch meiner Fraktion ist an Aufklärung gelegen. Und wenn etwas schief läuft – und

bei dem Ausbruch, das diskutieren wir auch überhaupt nicht weg, ist etwas schiefgelaufen –, dann wollen wir uns als Regierungsfraktion an die Spitze der Aufklärung stellen und vor allem die richtigen Konsequenzen daraus ziehen.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: So sind wir!)

Ich weiß nicht, ob Sie heute die "Bild"-Zeitung gelesen haben; das ist nicht gerade unsere Hauspostille. Mich erstaunt, dass ausgerechnet die drei Fraktionen, die in den letzten zehn Jahren Regierungsverantwortung getragen haben, am vollmundigsten auftreten, als hätten sie mit den eventuellen oder tatsächlichen Problemen, die wir im Justizvollzug oder bei der Staatsanwaltschaft haben, überhaupt nichts zu tun.

(Zuruf von *Farid Müller GRÜNE*)

– Herr Müller, dass Sie so aufdrehen, das finde ich unangemessen. Lesen Sie es noch einmal nach:

"[Herr] Müller erzählt ganz einfach nicht, dass seine GRÜNEN mit Till Steffen den letzten Vorgänger der jetzigen Justizsenatorin stellten."

(Beifall bei der SPD)

Wenn es darum geht, wie wir die Staatsanwaltschaft finanzieren, dann waren in dem Haushaltsplan-Entwurf, den wir vorgefunden haben, Luftbuchungen angegeben. Das passt gerade in diesen Monat. Dort waren zum Beispiel Erhöhungen aus Gerichtskosten, und zwar Einnahmen aus Änderungen des Gerichtskostengesetzes, angegeben. Damals gab es jedoch noch nicht einmal eine Bundesratsinitiative aus Hamburg,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Schlimm!)

und das Gesetz ist erst jetzt am 1. August in Kraft getreten. Das war aber bereits verbucht.

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Steffen?

Urs Tabbert SPD: Ja, gern.

Zwischenfrage von Dr. Till Steffen GRÜNE:* Haben Sie Ihre Senatorin einmal gefragt, warum sie das Berichtswesen außer Kraft gesetzt hat, das es in der letzten Wahlperiode gab und das über genau diese Vorfälle berichtet hätte? In der letzten Wahlperiode sind jeweils schriftliche Berichte vorgelegt worden. Das ist eine interessante Frage, weil Sie mich gerade ansprechen. Mir geht die ganze Zeit durch den Kopf, wie man sich so organisieren kann.

(Dr. Till Steffen)

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Sören Schumacher SPD*: Wenden Sie sich doch an Herrn Müller!)

Urs Tabbert SPD (fortfahrend): – Seien Sie sicher, dass ich über solche Fragen mit Frau Schiedek spreche. Sie haben leider nichts zum Thema Finanzierung des Justizhaushaltes gesagt; das hätte ich spannender gefunden.

(Beifall bei der SPD)

An die Adresse von CDU und FDP sei gesagt: Der Mega-Ausbau von Billwerder bereitet uns jetzt große Probleme und hat auch die Probleme, die wir mit der Umstrukturierungsdrucksache lösen mussten, herbeigeführt. Hätten Sie dieses Geld dafür genommen, damals schon anzufangen, die UHA zu sanieren, dann wären Sie in dieser Debatte um einiges glaubwürdiger.

(Beifall bei der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP*: Hätte, hätte, Fahrradkette!)

Vielleicht noch zwei, drei Worte zur Staatsanwaltschaft. Ich bin der Letzte, der irgendetwas schönreden will und ein Interesse daran hat, dass die Arbeitsfähigkeit der Staatsanwaltschaft abgebaut wird. Aber die Darstellung ist einseitig, und es wird so getan, als ob ausschließlich Stellenabbau stattfindet und die Realität sich überhaupt nicht verändert habe. Wir haben seit 2006 einen Rückgang an Ermittlungsverfahren von mehr als 14 Prozent, und das bei gleichem Personalbestand. Das sollten Sie dann auch sagen, um der ganzen Wahrheit gerecht zu werden, dazu habe ich von Ihnen leider nichts gehört.

(Beifall bei der SPD)

Zu guter Letzt: Justizpolitik sollte man seriös betreiben, dadurch wollen wir uns von den Vorgängern Kusch und Co. unterscheiden. Das bedeutet auch, dass man sich darüber im Klaren sein muss, dass in der Justiz manchmal etwas schief läuft.

(*Farid Müller GRÜNE*: Ach so!)

Man muss nicht so tun, als ob es einen Strafvollzug geben würde, in dem immer alles gut laufe. Die Frage ist nur, wie man damit umgeht.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Ja, genau! – *Finn-Ole Ritter FDP*: Ach so!)

Wir gehen damit so um, dass wir als Regierungsfraktion schonungslose und offene Aufklärung verlangen und daraus Konsequenzen ziehen. Das unterscheidet uns von dem lautstarken Getöse, das Sie verbreiten, ohne irgendwelche Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Wird zu diesem Thema weiter das Wort ge-

wünscht? – Frau von Treuenfels, Sie haben das Wort.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Welcher Film kommt denn jetzt?)

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: – Wir sprechen jetzt nicht mehr über Filme, sondern über die Realität. Dennoch muss ich feststellen, dass Frau Schiedek mir leider wieder nicht zugehört hat, denn ich habe natürlich nicht Clint Eastwood, sondern Steve McQueen gesagt. Sie hat, wie gesagt, ein Kommunikationsproblem. Selbst wenn wir nur zwei Meter auseinandersitzen, kann diese arme Frau einen nicht verstehen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Die SPD tut mir langsam leid. Der Senat kann sich nur auf die Vorgängerregierungen beziehen. Sie sind seit zwei Jahren im Amt und haben die Verantwortung. In den Ausschüssen und auch hier vorn höre ich immer, dass die anderen vor Ihnen es angeblich viel schlechter gemacht hätten und dass es an Ihnen nicht liege. Wie lange wollen Sie sich darauf noch zurückziehen? Das ist doch marode und kann einem nur noch leidtun.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Die FDP ist meistens schuldlos!)

Versuchen Sie doch einmal, die Verantwortung zu übernehmen – so einfach kann es sein.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Bei Frau Schiedek hört es sich an wie ein kleiner Betriebsunfall. Man erwartet nicht von Ihnen, dass Sie über die Mauer klettern und schauen, ob dort Paletten stehen – schlimm genug, dass sie da sind –, aber wir erwarten, dass Sie in irgendeiner Weise in die Kommunikation eingebunden sind. Als ich diese E-Mail oder den anonymen Brief bekommen habe, habe ich mich, ehrlich gesagt, gewundert, warum das bei mir gelandet ist. Als ich es dann in der "Bergedorfer Zeitung" gelesen habe, dachte ich: Warum bekommen die und ich das eigentlich und Frau Schiedek nicht? Sie zeigte sich ziemlich erstaunt. Sie können mir dann doch nicht sagen, dass Sie sich vor Ihre Leute stellen.

(Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Ihre Mitarbeiter haben versucht, etwas zu verhindern, und Sie haben das nicht gewusst; da liegt das Problem. Es ist Ihre Verantwortung und nicht die von jemand anderem; da können Sie sich nicht herausreden. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Meine Damen und Herren! Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3, Drucksache 20/8616: Wahl eines neuen stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für Bodenordnung und Abberufung des Vorgängers aus seinem Amt.

**[Senatsantrag:
Wahl eines neuen stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für Bodenordnung und Abberufung des Vorgängers aus seinem Amt
– Drs 20/8616 –]**

Wir kommen zunächst zum ersten Spiegelstrich des Senatsantrags aus Drucksache 20/8616. Hier bittet der Senat die Bürgerschaft um Zustimmung, dass Herr Martin Huber seinem Antrag entsprechend als stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Bodenordnung abberufen wird. Hierüber haben wir jetzt abzustimmen.

Wer stimmt sodann der Abberufung von Herrn Martin Huber zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Herr Huber abberufen.

Somit ist eine Nachwahl erforderlich, wie im zweiten Spiegelstrich des Petitions der Drucksache 20/8616 erbeten. Diese werden wir nun vornehmen.

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält je ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Ich bitte Sie, den Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführer bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Meine Damen und Herren! Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird nun ermittelt und vereinbarungsgemäß zu Protokoll nachgereicht.**

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 77, Drucksache 20/8788 in der Neufassung, Antrag der CDU-Fraktion: Steuererhöhungspläne von Rot-Grün – Gift für Hamburger Familien und Unternehmen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Steuererhöhungspläne von Rot-Grün – Gift für Hamburger Familien und Unternehmen
– Drs 20/8788 (Neufassung) –]**

Das Wort wird gewünscht von Herrn Heintze und er bekommt es.

Roland Heintze CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute, wie auch schon in vergangenen Sitzungen, noch einmal das Thema Steuerpolitik auf die Tagesordnung gesetzt. Im Gegensatz zur Auseinandersetzung in der vorigen Aktuellen Stunde halten wir es für notwendig, dass dieses Parlament hierzu in Form des vorgelegten Antrags eine Meinung bezieht, denn je länger der Wahlkampf und die Diskussion darüber andauert, was ab dem 22. September passieren kann, wenn die rot-grünen Steuerpläne umgesetzt werden, desto klarer wird, dass hier ein Finanzbeschaffungsprogramm gigantischen Ausmaßes ohne jeden Sinn und Verstand und zum Schaden Hamburgs auf den Weg gebracht werden soll. Dazu sollten wir als Hamburger Parlament eine Meinung haben.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ausgerechnet worden, dass es 39 Milliarden Euro per anno in die öffentlichen Kassen spülen soll. Wenn man dieser Tage den Quartalsbericht der Hamburger Finanzbehörde liest, dann wundert das einen doch. Wie läuft eigentlich der Haushaltsvollzug? Wenn man sich die Steuerpläne von Rot-Grün anschaut, dann könnte man meinen, wir stünden kurz vor der Katastrophe, wir bräuchten dringend Notprogramme, weil nichts mehr finanziert werden kann, und wir bräuchten diese 39 Milliarden Euro. Nun lese ich den Quartalsbericht der Finanzbehörde und nenne drei Eckdaten: 2001 hatte Hamburg Steuereinnahmen von 6,3 Milliarden Euro, 2012 waren es 8,8 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung der Steuereinnahmen von 40 Prozent in den vergangenen elf Jahren. Selbst wenn man die Inflation zugrunde legt, hat Hamburg eines bestimmt nicht, und das ist ein Einnahmeproblem, für das man ein 39-Milliarden-Steuerprogramm auf den Weg bringen müsste. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Zahlen sind sehr beredt, daher war die Finanzbehörde ausnahmsweise und vorsichtshalber lieber still in der Interpretation. Normalerweise wirft man uns postum vor, wir würden falsche Zahlen verwenden und mit den Berliner Zahlen alles schönreden,

(*Jan Quast SPD:* Sie machen das normalerweise!)

und schwupp steht im eigenen Hamburger Bericht, dass man, wohlgemerkt in der ersten Hälfte des Jahres, vor einem fast ausgeglichenen Haushalt stehe. Im ersten Halbjahr 2013 hat die Hansestadt 4,7 Milliarden Euro eingenommen, 127 Millionen Euro mehr als noch im vergangenen Jahr, und am Ende dieses Jahres wird bei den Steuereinnahmen

** Wahlergebnis siehe Seite 5062

(Roland Heintze)

in Hamburg erstmals die Neun-Milliarden-Grenze geknackt. Nun muss ich mir die Frage stellen, und ich hoffe, die Hamburgerinnen und Hamburger stellen sie sich auch: Wie kann man bei dieser Einnahmesituation die Chuzpe haben, ein 39-Milliarden-Programm auf den Weg zu bringen, das die Bürgerinnen und Bürger finanzieren müssen, die jetzt schon dazu beitragen, dass die Freie und Hansestadt Hamburg auf Rekordeinnahmen im Steuerbereich zustrebt?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das müssen Sie nicht nur mir erklären, das sollten Sie auch draußen auf den Straßen erklären, und zwar hier in Hamburg.

Doch nicht nur die Steuern steigen. Man könnte nun doch meinen, die Stadt mache an anderer Stelle alles preiswerter und deswegen seien mehr Steuern gerechtfertigt. Die zweite Einnahmequelle der Stadt sind die Abgaben. Schauen wir auch hier auf die Zahlen. Im Jahr 2001 betragen sie 1,3 Milliarden Euro, im Jahr 2012 sind es 2,1 Milliarden Euro. Die Stadt hat in den vergangenen elf Jahren bei den Abgaben 60 Prozent mehr eingenommen. Auch hier gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass wir ein 39-Milliarden-Steuererhöhungsprogramm brauchen, wovon Hamburg überdurchschnittlich stark betroffen sein wird.

(Beifall bei der CDU und bei *Katja Suding FDP*)

Die Einnahmehasis ist gut, und dennoch werden hier Maßnahmen vorbereitet und vom Finanzsenator mit Verve in Bundesratsinitiativen, in Sonntagsreden, in Reden auf Parteitagen unterstützt, die Vermögensteuer wieder einzuführen. Die Grünen sagen, die Erbschaftsteuer müsse angehoben werden; davon sind in Hamburg 4000 Erbfälle betroffen. Dann wird gesagt, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes sei mehr als überfällig. Dabei wird die Steuerprogression vergessen und dass davon nicht nur jene, die 80 000 Euro oder wahlweise 100 000 Euro Jahresverdienst haben, betroffen sind, sondern leider auch jene, die heute 53 000 Euro im Jahr haben, weil sie nämlich am Ende den Spitzensteuersatz schon zahlen. Und Sie verbreiten die Mär, Sie würden ein Steuererhöhungsprogramm für die besonders Reichen machen. Nein, Sie tun es für die Mehrzahl der Menschen dieser Stadt, und das finde ich angesichts der derzeitigen Einnahmesituation der Freien und Hansestadt Hamburg unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Warum tun Sie das? Ich erahne es. Sie sagen sich, mir fällt noch sehr viel ein, was man bezahlen könnte, es gibt auch noch die Schuldenbremse. Und das ist alles anstrengend, warum eigentlich sparen. Es ist doch viel einfacher, wenn wir die Einnahmehasis erhöhen und den Leuten noch einmal in die Tasche greifen, die schon heute dazu

beitragen, dass dieser Finanzsenator so viel Geld zur Verfügung hat wie kein Finanzsenator vor ihm. Herr Dr. Tschentscher, benennen Sie es doch einfach beim Namen und sagen, was Sie von den Leuten wollen. Wir fordern das mit diesem Antrag. Wir wollen wissen, welche Auswirkungen diese Programme haben, damit die Hamburgerinnen und Hamburger am 22. September eine reale Alternative haben und nicht von Ihren Sonntagsreden irgendwie das Gefühl haben, man bräuchte die 39 Milliarden Euro doch. Sie brauchen Sie nicht, aber Sie sind ideenlos, was das Thema Sanierung des Staatshaushalts betrifft.

Schauen wir weiter ins Programm: Anhebung der Abgeltungssteuer, Abschaffung des Ehegattensplittings – davon wären in Hamburg 137 000 Ehepaare betroffen –, Abschaffung der Minijobs – das betrifft in Hamburg 30 000 Minijobber – und so weiter. Nun könnte man sagen, wenn die privaten Haushalte übermäßig belastet werden, dann ist die starke Wirtschaft immer noch die Basis und das kommt schon von irgendwo her. Sie erhöhen den Spitzensteuersatz und die Steuern aber nicht nur für Privatpersonen, sondern im gleichen Zuge für die Kapitalgesellschaften und die Personengesellschaften. Sie sind lustig dabei, der Freien und Hansestadt Hamburg ein Konjunkturpuffer-Programm zu verordnen, wie man es noch nicht gesehen hat. Mich wundert, warum die Wirtschaft nicht Sturm läuft. Halt, Sie tut es, nur der Wirtschaftsminister scheint das noch nicht gemerkt zu haben. Warum erhebt er nicht seine mahnende Stimme im Senat? Was Sie für den Bund planen, hat Auswirkungen auf Hamburg, die Sie am Ende des Tages spüren werden. Sie wären gut beraten, noch einmal zu überlegen, ob Hamburg nicht eine klarere Position einnehmen sollte, nämlich die, alles dafür zu tun, dass die Wirtschaftskraft dieser Stadt erhalten bleibt und die hier lebenden Menschen nicht über die Maßen belastet werden und alles dafür zu tun, dass Sie mit den Einnahmen auch auskommen. Ich glaube, die Hamburgerinnen und Hamburger und die Unternehmen in Hamburg haben Ihnen mit den 9 Milliarden Euro, die Sie Ihnen am Ende dieses Jahres beschert haben werden, schon gezeigt, dass sie mit Ihnen mitarbeiten. Sie brauchen keinen weiteren Griff in die Tasche, wie Sie und Ihre Parteikollegen es planen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen haben wir diesen Antrag vorgelegt; er hat mehrere Punkte. Erstens wollen wir wissen, welche Auswirkungen Ihre Pläne konkret für Hamburg haben,

(*Jan Quast SPD*: Das haben Sie doch gerade erläutert! Ich dachte, Sie wissen das alles!)

damit jeder Hamburger einmal nachvollziehen kann, was hinter Ihrer blumigen Rhetorik steckt, damit jeder Hamburger einmal sehen kann, dass

(Roland Heintze)

er natürlich exorbitant betroffen ist, sonst würde man nicht auf 39 Milliarden Euro über den ganzen Bund verteilt kommen, und damit Sie einmal von dieser Wir-verteilen-um-Rhetorik wegkommen, die nicht der Realität entspricht. Sie nehmen allen etwas weg und geben es dem Staatshaushalt. Das kann nicht der Ansatz sein, mit dem man Finanzpolitik in dieser Stadt macht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen entschuldigen Sie bitte die kurze Berichtspflicht bis zum 20. September. Das ist für den Senat eine sehr ungewöhnliche Frist,

(*Jan Quast SPD: Wäre auch nicht so schlimm; es wird ja nicht beschlossen!*)

ich weiß, aber am 22. September fällt nun einmal das Beil. Ich würde mich freuen, wenn Sie als Finanzsenator, als verantwortlich Handelnder, den Hamburgerinnen und Hamburgern darlegten, was die von Ihnen freudig unterstützten Pläne kosten, vor allen Dingen, was die Pläne kosten, für die Sie im Jahr 2012 ein Gutachten erstellen ließen, finanziert aus dem Hamburger Staatshaushalt, nämlich ein DIW-Gutachten zur Vermögensteuer. Die Länder Hamburg, Baden-Württemberg und NRW haben kein Gutachten in Auftrag gegeben, wie man den Steuervollzug besser machen kann oder wie man Synergieeffekte in der Finanzpolitik hebt und besser mit dem Geld umgeht, nein, Sie nehmen Steuergelder, um ein Gutachten zu finanzieren, in dem steht, wie man die Vermögensteuer am besten finanzieren kann. Das zeigt meines Erachtens exemplarisch, wie Sie über dieses Thema denken. Ich halte das für einen fatalen Fehler und Gift für diese Stadt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Neben der Frage nach den Auswirkungen wollen wir – das ist Punkt 2 in unserem Antrag –, dass Hamburg ganz klar Stellung bezieht.

(*Jan Quast SPD: ... sicherheitshalber schon mal ablehnen!*)

Wer auch immer das im Bundesrat auf den Weg bringt – und ich sage sehr offen, dass ich nicht an Ihren Wahlsieg glaube –, wir wollen, dass dieses Parlament sehr klar Position gegen alle Steuereinnahmen, die die wirtschaftliche Basis dieser Stadt angreifen und den Menschen das Leben schwieriger machen, bezieht und sagt: Nicht mit uns. Uns ist es wichtig, verantwortungsbewusst mit Steuergeldern umzugehen. Dafür steht die CDU, und deswegen haben wir diesen Antrag eingebracht. Stoppen Sie diesen Unsinn und sagen Sie den Hamburgern ehrlich, was sie Ihr Vorhaben kosten wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Quast hat das Wort.

Jan Quast SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon ein Stück weit bezeichnend für die CDU, dass Sie nur über Hamburg reden, obwohl Sie doch das Bundeswahlprogramm von großen Parteien zur Steuerpolitik angemeldet haben. Das ist wirklich armselig und zeigt deutlich, wie Ihre Politik in den vergangenen Jahren war, weil Sie nicht über den Tellerrand von Hamburg hinausegucken konnten.

(Beifall bei der SPD)

Genauso bezeichnend für Ihre Politik ist es, Herr Heintze, wenn Sie in Teil 1 Ihres Antrags fordern, einmal aufzuschreiben, was denn tatsächlich auf Hamburg zukommen würde, aber in Teil 2 schon jetzt fordern, dazu nein zu sagen. Genauso agieren Sie: Sie wissen nicht, was passiert, aber Sie sagen schon mal nein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Sozialdemokratische Politik zielt darauf, das Leben der Menschen in unserem Land zu verbessern und Chancen zu bieten.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Das Wir zählt!*)

Wohlstand in der Breite unserer Gesellschaft erreichen wir nur, wenn wir das gemeinsam anpacken und nicht jeder versucht, sein eigenes Schäfchen ins Trockene zu bringen, wie es manchmal bei Ihnen etwas durchklingt, Herr Heintze. Wir sagen vor der Wahl, was wir tun wollen. Wir wollen bessere Bildung, mehr Kindertagesstätten, funktionsfähige Verkehrswege und attraktive Städte und Gemeinden, und zwar nicht nur hier in Hamburg, sondern in der ganzen Bundesrepublik Deutschland. Vor allen Dingen sagen wir auch vor der Wahl, wie wir das finanzieren wollen. Und das unterscheidet uns von Ihnen, denn es gibt Vertreter Ihres Wirtschaftsflügels, die durchaus deutlich sagen, dass man das, was Sie in Ihr Wahlprogramm geschrieben haben, gar nicht bezahlen kann. Wir sind da ehrlich.

(Beifall bei der SPD und bei *Katharina Fegebank GRÜNE*)

In Ihrem Wahlprogramm wimmelt es von Versprechungen. Die CDU will mehr Kindergeld, höhere Renten, mehr Investitionen in die Infrastruktur. Gleichzeitig wollen Sie aber den Schuldenabbau und mit der FDP am besten auch noch Steuersenkungen.

(*Dietrich Wersich CDU: Wir haben das schon mehrfach geschafft!*)

Meine Damen und Herren! Es beleidigt den gesunden Menschenverstand der Bürger und Bürgerin-

(Jan Quast)

nen dieses Landes, wenn Sie solche Forderungen aufstellen. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Kienscherf SPD: Wahlbetrug! – Finn-Ole Ritter FDP: Wir haben es bewiesen, mehrfach! Sie haben doch gesehen, wie es funktioniert!*)

– Ich weiß aber nicht, Herr Ritter, ob Sie das im Herbst auch noch so sehen. Ich vermute eher nicht, denn dann werden Sie bekennen müssen, dass die vor uns liegenden Zukunftsaufgaben, die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur, auch bezahlt werden müssen und zugleich die Schuldenbremse eingehalten werden muss. Deswegen ist das Steuerkonzept der SPD das richtige, und deswegen gehört für dieses Steuerkonzept auch eine Mehrheit in den Deutschen Bundestag.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Was Sie erzählen, Herr Heintze, sind Ammenmärchen. Wir wollen eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, der diesen Namen auch verdient. Wir erhöhen die Steuer für die Spitze der Einkünfte, für zu versteuernde Einkünfte von 100 000 Euro oder 200 000 Euro. Das betrifft genau 5 Prozent der Menschen, der Haushalte und auch der Unternehmen in diesem Staate, wie eine Studie des DIW belegt. Das gilt auch für Hamburg. In Wirklichkeit sind die Hamburger viel weiter, als Sie glauben machen wollen. Diese Einkommensteuerverhöhung ist ein vertretbarer Schritt in Richtung Finanzierung von Investitionen in die Zukunft unseres Staates.

(Beifall bei der SPD – *Birgit Stöver CDU: Das stimmt ja nicht!*)

Gleiches gilt für die Vermögensteuer und anderes, wobei wir sehr wohl mit Augenmaß vorgehen. Wenn Sie die Stimmung an den Infoständen aufnehmen, dann merken Sie, dass die Steuerpolitik der SPD das Letzte ist, was die Menschen stört.

(*Katja Suding FDP: Sie waren noch nie am Infostand, Herr Quast!*)

Deswegen kann ich Ihnen nur raten, sich schon vor der Wahl Gedanken zu machen, wie Sie Ihre Steuerversprechungen nach der Wahl finanzieren wollen.

Sie stellen insbesondere auf den Mittelstand ab. Ein von den Menschen als gerecht empfundenen Steuersystem, eine zukunftsfähige Ausrichtung des Bildungssystems ist das Beste, was dem Mittelstand passieren kann. Denn mehr Investitionen in Bildung und Chancengleichheit bedeuten auch Sicherung des Fachkräftebedarfs. Investitionen in die Infrastruktur sichern Vermögenswerte und bedeuten Aufträge für den Mittelstand, Arbeitsplätze für die Menschen und auch mehr Kaufkraft. Dazu bedarf es einer vernünftigen Einnahmepolitik, die eine Besteuerung nach Leistungsfähigkeit wieder in den Mittelpunkt stellt.

Meine Damen und Herren! Mit dem Programm der SPD liegt ein ausgewogener Vorschlag vor. Deswegen haben wir keinen Grund, Ihrem Antrag heute zuzustimmen, sondern wir machen einfach das Beste daraus.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Hajduk hat das Wort.

Anja Hajduk GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu diesem Antrag der CDU, Drucksache 20/8788,

(*Dietrich Wersich CDU: Ja, der ist gut, nicht?*)

kann man als Erstes eigentlich nur sagen: Herr Heintze, Ihre Worte in Gottes Ohr, dann hätte Rot-Grün am 22. September die Wahl gewonnen. Ich wusste aber gar nicht, dass die CDU in Hamburg so verzagt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Dass Sie den Senat beauftragen wollen auszurechnen, wie sich das alles auswirkt, ist schon wirklich eine interessante Variante,

(*Dietrich Wersich CDU: Weil Sie es ja nicht machen!*)

ein Bundestagswahlthema hier an prominenter Stelle in der ersten Debatte auf die Tagesordnung zu setzen. Vielleicht zeigt das ein bisschen die Ratlosigkeit der CDU, was sie im Moment zu Steuerverfragen sagen soll.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte etwas zu der Argumentation sagen, die mir häufiger begegnet und die Herr Heintze auch gebracht hat. Gegenwärtige Rekordsteuereinnahmen seien schon ein Argument dafür, dass wir keine Steuerreform brauchen.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Das reicht aber noch nicht! – Dietrich Wersich CDU: Keine Steuererhöhungen!*)

Welche Ursache haben die jetzigen Steuereinnahmen? Sie haben sehr viel damit zu tun, dass unsere Konjunktur, gerade im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, recht gut läuft. Ein Haushaltspolitiker wie Herr Heintze weiß selbstverständlich auch, dass in guten konjunkturellen Zeiten der Haushalt eigentlich Überschüsse erzielen sollte. Wenn der Bund, das gilt im Übrigen auch für Hamburg, trotz guter Konjunktur die Schulden weiter erhöhen muss,

(*Finn-Ole Ritter FDP: Die werden zurückgezahlt!*)

(Anja Hajduk)

dann weist das auf strukturelle Probleme hin. Bei strukturellen Problemen per se zu behaupten, wir bräuchten bei den Steuereinnahmen keine Reform, ist kein sehr kenntnisreicher Vorschlag. Ich sage das vor dem Hintergrund der heutigen Medienberichte über den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung. Bleiben wir einmal beim Bundeshaushalt; es soll hier schließlich auch um bundesweite Diskussionen gehen. Der Zuschuss aus dem Haushalt des Bundes zur Rentenversicherung steigt bis 2017 auf die Rekordhöhe von 90 Milliarden Euro an. Das ist mit Abstand der größte Posten, und es ist eine strukturell wirkende Ausgabe. Dann haben wir eine Kanzlerin, die – eine inhaltlich nicht unwichtige Forderung – die Aufstockung der Mütterrenten bei vor 1992 geborenen Kindern verspricht. Und diese Kanzlerin liefert für diese strukturell erhöhenden Ausgaben keine Gegenfinanzierung.

(Dietrich Wersich CDU: Das ist nötig! Wohlstandswachstum! Sie haben es nicht verstanden, wie Geld verdient wird!)

Dieselbe Partei erklärt uns hier, dass wir Rekordsteuereinnahmen hätten und man deswegen auch Vorschläge machen dürfe, die nicht gegenfinanziert seien. Das zeigt, dass Sie bei der Haushaltspolitik zutiefst ungläubwürdig sind, unseriös und in der Sache wirklich Nachholbedarf haben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Frau Hajduk, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Wersich?

Anja Hajduk GRÜNE: Ja, klar.

Zwischenfrage von Dietrich Wersich CDU: Liebe Frau Kollegin Hajduk, die Stadt Hamburg hat von 2009 bis 2012 die Einnahmen um mehr als 1,5 Milliarden Euro durch Wirtschaftswachstum gesteigert. Meine Frage an Sie wäre: Wodurch sind diese Einnahmesteigerungen entstanden? Durch Steuererhöhungen?

Anja Hajduk GRÜNE (fortfahrend): Ich habe doch gerade versucht darauf hinzuweisen, dass die Wirtschaftskraft natürlich einen großen Einfluss auf die steuerliche Einnahmeseite hat.

(Dietrich Wersich CDU: Dann darf man die doch nicht kaputt machen!)

Das Leugnen von strukturellen Haushaltsproblemen bei guter konjunktureller Situation, wie es bei Ihnen stattfindet, zeigt, dass Sie es nicht ernst meinen mit der strukturellen Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Dietrich Wersich CDU: Sie machen doch die

gute Konjunktur kaputt! Sie werden weniger Umsatzsteuer einnehmen, weil Sie die Wirtschaft kaputt machen!)

– Das ist eine Ihrer Thesen, die Sie immer hervorzaubern. Die Empirie zeigt eigentlich das Gegenteil.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Dietrich Wersich CDU: Nein!)

– Ich möchte jetzt fortfahren, lieber Herr Wersich, melden Sie sich zu Wort.

Ich möchte noch etwas zum Thema Auswirkungen der Steuerpläne von Rot-Grün auf die Wirtschaft sagen.

(Finn-Ole Ritter FDP: Ist das schon beschlossen: Rot-Grün?)

– Herr Heintze hat immer im Indikativ, noch nicht einmal im Konjunktiv gesprochen.

Unsere Steuerpläne sind von den Medien sehr genau überprüft worden. "Die Zeit", das "Morgenmagazin" und andere haben ziemlich genau hingeschaut. Was ist eigentlich mit der These von Herrn Heintze, der sagt, die Mehrzahl der Menschen in Hamburg sei davon betroffen? Die Mehrzahl der Menschen wird durch die Steuerpläne der GRÜNEN eindeutig entlastet.

(Thilo Kleibauer CDU: Das ist doch jetzt Märchenstunde!)

Das haben Dritte überprüft und uns ins Stammbuch geschrieben. Also schauen Sie sich das Ganze genauer an. Überdies haben wir im Hinblick auf Auswirkungen auf die Wirtschaft sehr genau überprüft, wie wir Freibeträge zum Beispiel bei der Vermögensabgabe gestalten, damit die Unternehmen zum allergrößten Teil gar nicht betroffen sind, weil uns die Wirtschaftskraft und die Arbeitsplatzsicherheit sehr wichtige Anliegen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insofern erkläre ich mir das, was die CDU zur Steuerpolitik sagt, eher ein bisschen mit Psychologie. In gewisser Weise gilt das auch für die FDP.

(Robert Bläsing FDP: Ach so!)

Nun haben diese beiden Parteien fast vier Jahre regiert und immer gesagt, Steuerpolitik sei ein sehr wichtiges Reformthema ihrer Koalition. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass Sie nichts von dem, was Sie sich vorgenommen haben, umsetzen konnten, weil es sich als Luftblase entpuppt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie sind mit Ihrer Steuerpolitik in ihrer Regierungszeit an sich selbst gescheitert; das muss wehtun.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

(Anja Hajduk)

Deswegen finde ich es gut, dass die Kanzlerin jetzt eine neue Strategie für die Steuerpolitik der CDU hat. Die Kanzlerin macht es nach dem Prinzip abkupfern. Wenn die eigene Partei keine guten Steuerpläne entwickelt, dann sieht sie sich im Oppositionsgeschäft um, ob etwas Brauchbares vorhanden ist. Beim Solidaritätszuschlag orientiert sich die Kanzlerin eindeutig an den rot-grünen Vorstellungen.

(Finn-Ole Ritter FDP: Wir nicht! Eindeutig!)

Der Solidaritätszuschlag muss erhalten bleiben und für Infrastrukturprojekte in der Zukunft ausgegeben werden.

(Dietrich Wersich CDU: Nur Herr Scholz hat ganz andere Pläne damit!)

Die Finanztransaktionssteuer wird mittlerweile von Herrn Schäuble vorangetrieben; die FDP leistet noch zaghaften Widerstand. Machen Sie weiter so, studieren Sie unsere Pläne und kupfern Sie ruhig ab, wenn es in dieser Weise geschieht. Ansonsten denken Sie einmal darüber nach, was Haushaltskonsolidierung heißt. – Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Suding hat das Wort.

Katja Suding FDP:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Steuereinnahmen sprudeln. Sie sprudeln im Bund, und sie sprudeln in den Ländern. Im Bund konnte mit 277 Milliarden Euro ein historischer Höchstwert für die ersten sechs Monate in 2013 verzeichnet werden. Die Summe lag 3,5 Prozent über dem Vergleichswert aus dem Jahr 2012 und damit noch 1 Prozent über dem prognostizierten Wert der Steuerschätzer. Auch die Freie und Hansestadt Hamburg braucht sich wahrlich nicht zu verstecken, im Gegenteil. Bis Ende Juni 2013 konnten mehr als 4,7 Milliarden Euro verbucht werden. Das waren 27 Millionen Euro mehr als im Vergleichszeitraum des Jahres 2012. Für das gesamte Jahr 2013 könne man, so die Steuerschätzer, mit Einnahmen von mehr als 9 Milliarden Euro für die Stadt rechnen. Als Grund für diese Entwicklung nannte ein Sprecher der Finanzbehörde gegenüber dem NDR vor einigen Wochen die aktuell gute konjunkturelle Lage. Ich zitiere weiter aus dem Bericht.

"Wenn viele Menschen arbeiten, wird eben auch besonders viel Lohn- und Einkommensteuer gezahlt."

Das ist richtig und das soll auch bitte so bleiben. Wir wollen, dass die Menschen arbeiten und damit in die Lage versetzt werden, Lohn- und Einkommensteuer zu zahlen und das möglichst viel.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Damit das so bleibt, müssen wir vor allen Dingen eines vermeiden: Steuererhöhungen und Mehrbelastung. Die würgen nämlich die Konjunktur ab, sie vernichten Arbeitsplätze und führen letztendlich zu sinkenden Steuereinnahmen. Frau Hajduk, es hilft nichts, wenn Sie diesen Zusammenhang leugnen. Ich bin der CDU-Fraktion dankbar, dass sie den vorliegenden Antrag eingebracht hat, dem wir in allen Punkten zustimmen werden. Die Hamburger haben tatsächlich ein Recht darauf zu erfahren, was auf sie zukäme, würden all die Steuererhöhungsfantasien von SPD und GRÜNEN in die Tat umgesetzt. Ich benutze bewusst den Konjunktiv, denn ich bin überhaupt nicht verzagt, Frau Hajduk.

Es geht um Mehrbelastungen auf zwei Ebenen. Es geht zum einen um die persönliche Mehrbelastung durch einen höheren Steuersatz, und es geht zum anderen um die konjunkturelle Entwicklung und die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Davon sind deutlich mehr Menschen betroffen als von einem höheren Spitzensteuersatz. Man kann es gar nicht oft genug sagen. Auch die Ausführungen meiner Vorredner Herrn Quast und Frau Hajduk zeigen deutlich, dass Aufklärung offensichtlich nötig ist. Anders als es SPD und GRÜNE darstellen, würden durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes eben nicht nur die Reichen und die Superreichen belastet. Belastet würden die Leistungsträger unserer Gesellschaft, also die normalen Angestellten und Facharbeiter. Ich habe schon vor einigen Wochen in einer Aktuellen Stunde darauf hingewiesen. Der Berliner Steuerrechtsexperte Frank Hechtner hat es in der "Wirtschaftswoche" einmal vorgerechnet. Eine vierköpfige Familie mit einem gemeinsamen Bruttoeinkommen von 5151 Euro zahlt nach rot-grünen Plänen künftig mehr Steuern,

(Jens Kerstan GRÜNE: Und wie viel mehr?)

bei 5151 Euro als gemeinsames Familieneinkommen.

(Jens Kerstan GRÜNE: 50 Euro im Jahr!)

SPD und GRÜNE belasten damit nicht die starken Schultern. SPD und GRÜNE belasten damit nicht die angeblich Reichen und Superreichen. SPD und GRÜNE belasten damit die normale, durchschnittliche Familie mit zwei Einkommen. Zum Beispiel die Familie in Harburg, in der ein Lehrer und eine Verwaltungsangestellte zusammenleben und Kinder groß ziehen. Das sind die starken Schultern, die SPD und GRÜNE künftig belasten wollen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Wolfgang Rose SPD: So ein Quatsch!)

Eines wird in der Diskussion auch immer falsch dargestellt: Das betrifft nicht diejenigen, die vor 50 oder 60 Jahren den Spitzensteuersatz gezahlt haben. Den zahlte damals nämlich, wer das Zwanzigfache des Durchschnittseinkommens bezog. Heute greift der Spitzensteuersatz bereits beim 1,8-fachen des Durchschnittseinkommens. Nicht

(Katja Suding)

die Reichen, sondern weite Teile der Mittelschicht sind betroffen. Das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen. Ich empfehle, Herr Quast, tatsächlich einen Besuch beim Infostand, dann werden Sie merken, wie besorgt die Menschen bei diesem Thema sind.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl CDU*)

Meine Damen und Herren! Sie sehen, mit Steuer- und Leistungsgerechtigkeit haben die Pläne von SPD und GRÜNEN nichts zu tun. Im Gegenteil, die Vorschläge von SPD und GRÜNEN sind ein Anschlag auf die Leistungsgerechtigkeit in Hamburg und im gesamten Land. Die Leistungsbereitschaft und die Aufstiegschancen der mittleren Einkommensbezieher werden zerstört, wenn schon Facharbeiter in die Situation kommen, den Spitzensteuersatz zahlen zu müssen, und wenn selbst moderate Lohnerhöhungen durch die kalte Progression steuerlich aufgefressen werden. In diesem Zusammenhang ist und bleibt es mir wirklich schleierhaft, dass die SPD und die GRÜNEN die Abmilderung der kalten Progression im Bundesrat blockieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Auf der einen Seite vergeht kein Tag, an dem Sie nicht lauthals für Lohnerhöhungen und Mindestlöhne werben. Auf der anderen Seite kassieren Sie dann aber einen Großteil davon wieder bei den kleineren und mittleren Einkommen ab. Das ist wirklich absurd und hat mit Gerechtigkeit gar nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Aber damit ist es nicht genug. Vor allem die Erhöhung der Einkommen- und Erbschaftsteuer, aber auch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, wie es die SPD will, ebenso die Pläne einer Vermögensabgabe der GRÜNEN treffen das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie treffen den Mittelstand besonders hart. 95 Prozent der Unternehmen in unserem Land sind mittelständisch geprägt. Es sind Handwerker, Freiberufler und kleine und mittelständische Unternehmen, die Verantwortung für ihre Mitarbeiter und ihre Auszubildenden übernehmen. Hunderttausende von Firmen, die insgesamt 60 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland beschäftigen, wären von den Plänen betroffen.

Alein in Hamburg reden wir dabei über mehr als 45 000 Freiberufler, 15 000 Handwerksbetriebe und 381 000 Beschäftigte in den kleineren und mittleren Betrieben. Die Personengesellschaften, die mit 95 Prozent aller Unternehmen das Rückgrat der deutschen Wirtschaft sind, wären nach den Plänen von SPD und GRÜNEN dreifach belastet: durch die Erhöhung der Einkommensteuer, durch die Erhöhung der Erbschaftsteuer und durch die Wiedereinführung von Vermögensteuer bezie-

hungsweise Vermögensabgabe. Die Gesamtsteuerbelastung dieser Unternehmen würde nach Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, ZEW, massiv steigern, um 16 Prozent nach den SPD-Plänen und sogar um 36 Prozent nach den Plänen der GRÜNEN. Und der DIHK sieht 1,4 Millionen Arbeitsplätze in Gefahr.

Das ifo Institut meldete gestern, dass knapp die Hälfte der Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe seine Investitionen in 2013 reduzieren wolle. Das ist bedrohlich für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Und gerade in diesen Zeiten eine Vermögensteuer oder eine Vermögensabgabe einführen zu wollen, ist extrem kurzsichtig und extrem schädlich.

(Beifall bei der FDP und bei *Dietrich Wersich CDU*)

An dieser Stelle möchte ich daran erinnern, dass die Länder, als die Vermögensteuer 1997 ausgesetzt wurde, für die wegfallenden Einnahmen entschädigt wurden. Damals wurde die Grunderwerbsteuer von 2 auf 3,5 Prozent erhöht, die erzielten Einnahmen verdoppelten sich fast, und damit konnte auch der Wegfall der Vermögensteuer für die Länder zu zwei Dritteln kompensiert werden. Wer jetzt die Vermögensteuer reaktivieren will, der sollte dann auch konsequent sein und die Grunderwerbsteuer wieder senken. Von solchen Plänen haben wir jedoch von SPD und GRÜNEN noch nichts gehört. Steuern machen offenbar süchtig.

(Beifall bei der FDP und bei *Dietrich Wersich CDU*)

Meine Damen und Herren! Noch eine Anmerkung zu den Plänen, Einkommen aus Minijobs ab einer Höhe von 100 Euro voll zu versteuern. Gerade in einer Stadt wie Hamburg mit hohen Lebenshaltungskosten sind es nicht selten die Minijobs, die dazu beitragen, den Lebensunterhalt abzusichern. Viele Menschen sind auf einen Minijob angewiesen. Liebe Kollegen auf der linken Parlamentsseite, daran würde auch ein Mindestlohn nichts ändern. Die Mini- und Nebenjobber voll zu versteuern, wäre eine enorme Belastung gerade für die unteren Einkommensgruppen. Und dieser Vorschlag ist deswegen vor allem eines: Er ist grotesk.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Um es ganz klar zu sagen: Wir müssen aufhören, neue Schulden zu machen, und wir müssen so schnell wie möglich herunter von unseren Schuldenbergen. In Hamburg waren sich SPD, GRÜNE und FDP darüber 2012 auch einig, als wir gemeinsam die Schuldenbremse in die hamburgische Verfassung geschrieben haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja, gute Sache!)

Den Menschen jetzt aber weismachen zu wollen, dass der Staat nur dann mit seinem Geld auskom-

(Katja Suding)

men kann, wenn er seinen Bürgern und den Unternehmen kräftig in den Geldbeutel langt, das ist grundfalsch.

(Beifall bei der FDP)

Der Standort Hamburg würde sich für Arbeitnehmer, für freie Berufe, für Handwerk und Industrie sowie die Wettbewerbsfähigkeit aller Unternehmen erheblich verschlechtern. Wir brauchen private Investitionen und Wachstum durch Konsum. Darum sollen die Bürger von ihrem Einkommen mehr haben und nicht weniger. Unterstützen Sie deshalb am 22. September die gute und hervorragende Arbeit der Bundesregierung aus CDU und FDP.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Wir sind hier doch nicht auf einer Wahlkampfveranstaltung!)

– Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei so vielen Wahlkampfphrasen fällt es natürlich schwer, sich jetzt noch durch dieses Thema zu bewegen.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Dieser Antrag ist schlecht und ich werde dazu gleich einiges sagen. Außerdem vergisst er uns völlig, das finde ich besonders dramatisch. Ich möchte einzelne Punkte herausnehmen, damit wir wenigstens einiges diskutieren können.

Frau Suding, mir ist das besonders wichtig, weil Sie ein einleuchtendes Argument nannten, dass die Leute mit einem Einkommen von etwa 5150 Euro betroffen seien.

(*Katja Suding FDP:* Ja, sind sie!)

Diejenigen mit 5150 Euro sind nicht betroffen.

(*Katja Suding FDP:* Doch!)

Mit 5151 Euro würden sie den ersten Euro versteuern nach den neuen Bedingungen. Wenn man so argumentiert, ist das einfach demagogisch.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Sie tun nämlich so, als wenn alle betroffen sind, die genau diese Summe einnehmen. Das ist eindeutig falsch. Nehmen Sie dieses Argument einfach an. Alle Studien, die zu diesem Thema etwas untersucht haben, sagen, dass etwa 15 Prozent betroffen sind. Und zu sagen, nur diejenigen wären die Leistungsträger, ist meiner Meinung nach eine Frechheit gegenüber der Hamburger Bevölkerung.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Was ist eigentlich die Bilanz? In welcher Situation stehen wir gegenwärtig in der Gesellschaft? Die Situation ist doch nicht so – Sie müssten wirklich einmal versuchen, an Ihren Ständen darüber zu diskutieren –, dass es Deutschland wunderbar geht, dass das Selbstbewusstsein der Wirtschaft Klasse ist und dementsprechend alles sprudelt. Wir haben ein Jahrzehnt der Umverteilung hinter uns. Das haben wir schon einmal diskutiert anhand des Reichumsberichts. Wir haben festgestellt, dass 50 Prozent der Bevölkerung vor 15 Jahren noch 4 Prozent des Volkseinkommens hatten. Jetzt haben diese 50 Prozent nur noch 1 Prozent. Das Ganze haben gewonnen die ersten 10 Prozent und die höchsten 1 Prozent dieser Gesellschaft. Bei dieser riesigen Umverteilung ging es für jeden darum, dass er praktisch kein Geld mehr zurücklegen konnte. Das ist die Situation der letzten Jahrzehnte und das ist Ihre Bilanz. Das ist die Art und Weise, wie Ungerechtigkeit in dieser Gesellschaft existiert, unabhängig von Steuerpolitik.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und bei *Heidrun Schmitt GRÜNE*)

Und diese Ungerechtigkeit gilt es zu ändern, das ist ein wichtiger Punkt. Sie müssen doch einmal auf diese Argumente eingehen und sich in Ihrem eigenen Armuts- und Reichumsbericht ansehen, wie diese Umverteilung vor sich geht. Sie können nicht einfach darüber hinwegfegen nach dem Motto, alles sei schön. Gegenwärtig wirkt es auch so in Deutschland, denn im Süden Europas sieht es schlecht aus, hier dagegen wirkt es noch einigermaßen stabil. Dann kann man sich noch ein bisschen beruhigt fühlen. Aber wenn diese Ungerechtigkeit nicht verändert wird, geht es insgesamt schief.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Wie sehen denn Ihre Steuerpläne aus?)

– Das können wir gern einmal länger diskutieren.

Das Zweite, um was es mir jetzt geht, ist die Frage der Rekordeinnahmen. Frau Suding nehme ich da aus, sie ist noch nicht so lange im Parlament, aber Herr Heintze und die CDU sind es, und sie haben sich lange damit auseinandergesetzt. Was sagt der Rechnungshof in dieser Stadt zur finanziellen Ausstattung Hamburgs? Er sagt, dass es seit Jahren ein strukturelles Defizit von 1 Milliarde Euro gäbe, und das gibt es heute noch.

(*Katja Suding FDP:* Das bestreitet ja keiner!)

Das ist zu Ihrer Zeit nicht verändert worden. Sie sagen jetzt, man hätte das irgendwie verändern können. Wenn Sie das in acht Jahren nicht konnten, dann ist das doch ein größeres Problem, auch wenn ich Ihre Fähigkeit zu regieren nicht so hoch einschätze. Aber Sie müssen dieses Argument

(Norbert Hackbusch)

doch akzeptieren. Das Ergebnis von alledem ist eine marode Infrastruktur sowohl im baulichen Bereich als auch im sozialen und kulturellen Bereich – das diskutieren wir hier sehr häufig –, und dann sagen Sie vor den Wahlen, wir bräuchten gar kein Geld, wir könnten das alles anders. Sie wissen doch, dass es nicht geht.

(Dietrich Wersich CDU: Nein, es geht um die Frage, wie man das Geld einnimmt! Man darf doch Deutschland nicht kaputt machen!)

Sie haben es über Jahre so dargestellt und über Jahre regiert und es nicht gelöst.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht um die Frage, wie man es macht. Das strukturelle Defizit von 1 Milliarde Euro, das Sie in Ihren acht Jahren Regierungszeit durch Einsparungen nicht haben lösen können, ist doch ein einfaches Argument dafür, dass es auch Einnahmeverbesserungen geben muss. Oder wollen Sie sagen, dass wir das vielleicht besser schaffen, wenn die LINKE endlich einmal regiert?

(Dietrich Wersich CDU: Das ist doch ein Programm "Armut für alle"!)

Was wir gestern bei der Diskussion über die Netze mitbekommen haben fand ich unvorstellbar. Der Bürgermeister sagte, jetzt seien die Zinssätze so gering, aber 7, 8 oder 9 Prozent würden vielleicht auf die Dauer nicht reichen, es könne doch alles Mögliche passieren. Sie arbeiten nur mit Angst nach dem Motto, die Vorschläge, die unter Kohl existiert haben, würden die Wirtschaft kaputt machen. Was ist denn das für eine politische Debatte? Das ist doch Unsinn, das kann doch gar nicht sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Heintze tritt auf und sagt, jeder Hamburger wäre exorbitant betroffen von den rot-grünen Steuerplänen. Das ist doch auch Unsinn, das ist eine übersteigerte Wahrnehmung. Sie argumentieren nicht, sondern bauen Angstbilder auf und sagen, wenn wir das nicht machen, dann wird alles katastrophal. Es gibt überhaupt keine Substanz in Ihren Argumenten. Davor habe ich politisch große Angst, wenn wir nämlich nicht mehr debattieren über verschiedene Konzepte, sondern nur noch die Angst alles beherrscht. Herr Wersich sagt, wenn Rot-Grün an die Regierung käme, dann würde die Wirtschaft kaputt gemacht. Was ist das für ein Unsinn; das ist kein Argument, das ist Angst. Mit dieser Einstellung können wir in dieser Gesellschaft nicht vorankommen.

(Dietrich Wersich CDU: Das haben wir doch schon erlebt 2002! Wir haben doch als Erstes die Maastricht-Kriterien zu spüren bekommen!)

– Da kann er so viel schreien wie er will, das nützt nichts, bei dieser Art und Weise überzeugt das nicht.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat der Finanzsenator.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich den Antrag las, hatte ich gleich die Befürchtung, dass wir ein bisschen Bundestagswahlkampf erleben. Ich weiß allerdings nicht, Herr Heintze, welche große Rhetorik meinerseits Sie damit meinen. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich bisher diese großen Wahlkampfthemen kommentiert hätte. Das würde sich dann anders anhören. Ich werde auch heute keine politischen Wahlprogramme kommentieren. Aber wenn Sie die Mitwirkung der Hamburger Finanzbehörde an der Datenerhebung zur Wirkung einer Vermögensteuer ansprechen, dann haben wir das in der Tat ohne große Rhetorik gemacht, aber durchaus im Auftrag der Bürgerschaft, denn hierzu wurde der Senat ersucht. Deswegen ist dies eine sehr sinnvolle Datenerhebung, die wir brauchen, um die Wirkung der Vermögensteuer beurteilen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde gern eine grundsätzliche Bemerkung machen. Ein Staat braucht ein bestimmtes Mindesteinnahmevermögen. Wenn er das nicht hat, wird dies sichtbar im Zustand der öffentlichen Infrastruktur, in den sozialen Verhältnissen oder bei der Entwicklung des Schuldenstandes. Das ist ein Grundsatz, der weltweit gilt, den können Sie überall beobachten. In Deutschland gibt es, im internationalen Vergleich, drei auffällige Befunde.

Erstens: Die Steuerquote ist mit 22,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts relativ niedrig. Gebühren und Abgaben muss man dazu nehmen, das will ich nicht unterschlagen, aber nur wenige Länder liegen hinter uns, Spanien und Griechenland zum Beispiel.

Zweitens: Bei den vermögensbezogenen Steuern liegen wir im OECD-Vergleich auf dem drittletzten Platz.

Drittens: Herr Hackbusch sprach es an, 10 Prozent der reichsten Haushalte besitzen über die Hälfte des gesamten Nettovermögens, und dieser Anteil nimmt immer weiter zu. Das ist keine rot-grüne Rhetorik, sondern das ist ein annähernd wörtliches Zitat aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vom März 2013, also aus Ihrem Ministerium, Herr Heintze. Und deswegen sollten wir diese drei Eckpunkte, die die Situation in Deutschland kennzeichnen, bei der steuerpolitischen Diskussion beachten.

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

(Beifall bei der SPD und bei *Anja Hajduk GRÜNE* und *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Der erste Irrtum, den Sie heute vortragen, ist wieder der Punkt, dass wir doch genug Steuern hätten. Das ist genau der Fehler, der in den vergangenen Jahren gemacht wurde, nämlich dass Sie aus einer Momentaufnahme heraus auf die strukturelle Lage schließen. Herr Heintze, Sie und Ihre Fraktionskollegen laufen seit zwei Jahren durch Hamburg und erklären der Bevölkerung, wofür dieser Senat zu wenig ausgibt. Sie haben – ich kann mich nicht erinnern, vielleicht müssen Sie das noch nachtragen – bisher keinen konkreten Sparvorschlag gemacht.

(*Thilo Kleibauer CDU*: Die Gesundheitssektorin!)

Was die Einnahmenlage angeht, wissen alle Finanzminister, von Herrn Schäuble bis hin zu Herrn Söder, dem man es mittlerweile erläutern konnte,

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Das will was heißen!)

dass wir uns vor dem Hintergrund der Schuldenbremse, der sozialen Aufgaben und des Investitionsbedarfs für die öffentliche Infrastruktur, von den Verkehrswegen bis zu den Hochschulen, keine Steuermindereinnahmen erlauben können, wenn wir unsere Zukunfts- und Wettbewerbsposition nicht gefährden wollen. Das steht jeden Tag in den Zeitungen.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Irrtum ist der mit dem Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer. Ich weiß nicht, was Sie da in Ihrem Antrag berechnen. Ich kenne ein Modell mit einer weiteren Progressionszone zwischen 64 000 Euro und 100 000 Euro, bei Verheirateten also bis 200 000 Euro Jahreseinkommen. Das führt zu nennenswerten Mehrbelastungen bei weniger als 10 Prozent der Haushalte, also genau die 10 Prozent, von denen wir eben gesprochen haben.

Etwas komplizierter ist es bei der Vermögensteuer, die man aus Gründen, die Sie auch benennen – vor allem die Investitionskraft der Unternehmen –, auf hohe Privatvermögen richten sollte. Dabei gibt es das Problem, dass wir Privat- und Betriebsvermögen nur in Grenzen ungleich behandeln dürfen. Deshalb ist es auch klug, das bevorstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftsteuer abzuwarten, bei der wir auch Betriebsvermögen weitestgehend schonen. Manchmal sind es allerdings die Vermögenden selbst, die es uns schwer machen, wenn sie Begünstigungen nutzen, um dann auch Privatvermögen über Cash GmbHs oder andere Tricks einer Besteuerung zu entziehen. Ich glaube aber, das alles ist lösbar, wenn eine Bundesregierung mitzieht.

(Beifall bei der SPD)

Liebe CDU und FDP, wenn Sie die Familien und Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen gegen die Vermögensteuer und den Spitzensteuersatz ins Feld führen, dann instrumentalisieren Sie die Interessen dieser Familien und Haushalte mit geringeren Einkommen zugunsten einer ganz anderen Gruppe, die Sie eigentlich bedienen wollen. Familien und Haushalte mit geringem Einkommen werden dadurch eben nicht belastet, aber sie profitieren von guten Schulen, beitragsfreien Kitas und der Abschaffung der Studiengebühren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Kleibauer.

Thilo Kleibauer CDU.* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch ein oder zwei Anmerkungen zu diesem Thema, das zu einer lebhaften Debatte geführt hat und für viele Menschen in dieser Stadt auch von großer Wichtigkeit ist. Ich fand die Reaktion von Ihnen, Frau Hajduk, und von Ihnen, Herr Quast, sehr interessant. Sie sind nicht konkret auf den Antrag eingegangen, Sie haben empfindlich reagiert, Sie waren ausweichend und Sie haben mit Überschriften reagiert. Das zeigt doch, dass Sie die Details, die wir im Zusammenhang mit Ihren Vorschlägen aufgezeigt haben, ausblenden wollen. Darüber wollen Sie gar nicht reden, das wollen Sie verschweigen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Der Senator war da schon etwas sachlicher und auch konkreter. Herr Quast sagt, das betreffe doch nur die Einkommen ab 200 000 Euro. Herr Senator Tschentscher hat dagegen noch einmal gesagt, bei 64 000 Euro wirke Ihre deutliche Erhöhung der Spitzensteuersätze, und das betrifft viele Menschen.

(*Wolfgang Rose SPD*: Du hast ja schon wieder nicht zugehört!)

Wenn man sagt, das betreffe immer nur 5 oder 10 Prozent, dann reden wir aber nur über einen Teilausschnitt. Was ist denn mit der Mehrwertsteuer, Frau Hajduk? Da wollen Sie doch in vielen Bereichen eine höhere Mehrwertsteuer einrichten.

(*Wolfgang Rose SPD*: Du hast ja schon wieder nicht zugehört!)

Was ist denn mit der Beitragsbemessungsgrenze bei den Krankenversicherungen? Auch da treffen Sie viele, viele Menschen. Das zeigt doch, dass es eine große Giftliste von Rot und Grün im Bereich der Steuern gibt, die Sie komplett ausblenden wollen.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Kleibauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Hajduk?

Thilo Kleibauer CDU: Bitte schön.

Zwischenfrage von Anja Hajduk GRÜNE: Nur noch einmal zur Mehrwertsteuer. Herr Kleibauer, erinnere ich es richtig, dass die letzte saftige Mehrwertsteuererhöhung von der CDU, gemeinsam mit der SPD, beschlossen wurde?

Thilo Kleibauer CDU (fortfahrend): Frau Hajduk, wir reden über die reduzierten Mehrwertsteuersätze, die es in vielen Bereichen gibt und die Sie in vielen Bereichen erhöhen wollen. Das ist Ihr Programm, das ist das Programm der GRÜNEN.

(Beifall bei der CDU)

Dann sagen Sie, das würden Sie alles für die Bildung tun und für die Kinder. Da muss man sich doch auch einmal anschauen, was denn die CDU/FDP-geführte Bundesregierung in dieser Legislaturperiode getan hat: Mittel für den Kita-Ausbau und Mittel für die Hochschulen wurden durch Prioritätensetzung im Haushalt ohne Steuererhöhungen finanziert. Das ist möglich, wenn man das will.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das kann man schaffen, wenn man die Wirtschaft nicht so komplett schwächt.

Dann sagen Sie, man müsse sich die Empirie anschauen. Wo ist denn das empirische Resultat von Rot-Grün? Wo waren wir Anfang dieses Jahrtausends auf der wirtschaftlichen Seite? Das ist das Resultat, das Sie damals abgeliefert haben. Da standen wir am Ende in Europa, Frau Hajduk.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ein letzter Punkt zum Thema Substanzsteuern und Vermögensteuer. Ich fand den Senator in einem Punkt bezeichnend. Er hat nämlich zu Recht gesagt, dass wir die Urteile abwarten müssten. Es gibt bei der Substanzbesteuerung riesige Probleme auf der rechtlichen Seite. Sie blenden das völlig aus und sagen in Ihrem Programm, das würden Sie machen und mehr einnehmen. Der Senator sagt jedoch, man müsse erst einmal die Urteile abwarten. Er sagte, dort sei eine Erhebung gestartet, aber was dabei herausgekommen ist, hat er uns nicht verraten.

Auch diese Steuern sind Gift für den Standort Hamburg, für die Personenunternehmen, für die Unternehmen insgesamt und ebenso für die Familien und die Steuerzahler in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Frau Hajduk.

Anja Hajduk GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Kleibauer, wenn Sie eine sachliche Debatte zur Steuerpolitik einfordern, dann müssen Sie auch einen sachkundigen Antrag über die Differenziertheit der Unternehmens- und Vermögensteuervorschläge von Rot und Grün schreiben.

(*Dietrich Wersich* CDU: Aber jetzt reden Sie sich raus!)

Ich habe noch kein Argument von Ihnen gehört, das einmal reflektiert hat, wie genau bei uns die Freibeträge angesetzt sind für betriebliche Vermögen, dann noch bezogen auf die Ertragssituation, und wer überhaupt davon erfasst wird. Das haben wir auch so geschrieben und so beantwortet, damit es die Öffentlichkeit weiß. Insofern machen Sie es sich ein bisschen zu einfach, immer gesehen vor dem Hintergrund, dass die steuerpolitischen Vorschläge der CDU im Grunde einfach unwesentlich und unwichtig sind.

Wenn Sie dann noch das Thema Empirie, das ich vorhin in einer Antwort auf Ihren Fraktionskollegen Wersich bemüht habe, anführen, dann möchte ich Sie an die Worte Ihrer eigenen Kanzlerin erinnern. Wenn sie gefragt wird, warum Deutschland heute im Jahr 2013 wettbewerbsmäßig besser dasteht als manche europäische Nachbarn, dann nimmt sie durchweg Bezug auf Reformen aus der rot-grünen Zeit und noch ein bisschen aus der Großen Koalition. Und sie steht mit leeren Händen da, was Reformen angeht aus den letzten vier Jahren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Deswegen wäre ich ein bisschen vorsichtig mit Ihrem Empirie-Argument, gerade weil diese Kanzlerin jetzt auch medial interpretiert wird als die Kanzlerin, die anderen europäischen Ländern die Reformen abverlangt, die sie nicht imstande ist durchzuführen. Darüber sollten Sie einmal nachdenken. – Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD – *Olaf Ohlsen* CDU: Das war ganz schwach!)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Dr. Tode hat das Wort.

Dr. Sven Tode SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU hat uns gerade eben erklärt, sie sei der Meinung, wir hätten genug Einnahmen im Staat und bräuchten keine zusätzlichen Einnahmen.

(Zuruf von *Roland Heintze* CDU)

Wir hatten nun das große Vergnügen, Herrn Seehofer in einem Sommer-Interview zu hören. Herr Seehofer hat erklärt, die CSU würde keinen Koalitionsvertrag unterschreiben, gäbe es nicht eine

(Dr. Sven Tode)

Pkw-Maut. Das sind zusätzliche Einnahmen, oder nicht?

(Roland Heintze CDU: Die Maut ist eine Abgabe, keine Steuer!)

225 Millionen Euro würden durch die Pkw-Maut hereinkommen, es würde aber einen Bedarf von 7,5 Milliarden Euro allein für die zusätzlichen Infrastrukturausgaben geben. 7,5 Milliarden Euro, die nicht im Haushalt seien, so Herr Seehofer, und deswegen müsse man die Pkw-Maut haben. Der ADAC sagt dazu, das sei blanker Populismus. Man könnte auch meinen, die Steuerpolitik der CDU sei blanker Populismus.

(Beifall bei der SPD)

Herr Heintze, Sie sagen, die Steuern sprudeln. Das ist richtig und das ist auch gut so. Wir haben schon von Frau Hajduk gehört, warum das auch wichtig ist, um den strukturellen Defiziten, die es überall gibt, nicht nur in Hamburg, sondern auch im Bund, entsprechend entgegenzuwirken.

Aber was noch schneller sprudelt, haben wir auch erlebt, nämlich das Wasser. Wir haben Überschwemmungen erlebt in der Bundesrepublik, und wir haben eine ausgesprochene Solidarität aller Bundesländer erlebt. Solche Dinge sind natürlich nicht voraussehbar.

(Zuruf von Roland Heintze CDU)

– Herr Heintze, auch Sie sprudeln offensichtlich sehr, aber vielleicht hören Sie einfach mal zu, das hilft ein bisschen.

Das Wasser sprudelte, und die Bundesländer mussten ihre Hilfe über mehrere Jahrzehnte strecken, weil die Haushalte es nämlich nicht hergeben, diese Leistungen sofort auszuzahlen.

Es ist also wichtig, dass wir eine Finanzpolitik betreiben, die nicht von kurzfristigen Konjunkturzyklen abhängig ist, sondern insgesamt von einer langfristigen Planung, wie wir das jetzt haben, wie wir die Schuldenbremse bis 2019 vorsehen. Und das macht dieser Senat.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Antragstitel heißt in der zweiten Hälfte "Gift für Hamburger Familien und Unternehmen". Was macht aber der Hamburger Senat mit seinem Geld in Hamburg? Er stützt Familien. Wir haben den Kita-Ausbau vorangebracht, wir haben den Kita-Anspruch für einjährige Kinder eingeführt und wir haben die Studiengebühren abgeschafft.

(Olaf Ohlsen CDU: Wir Sozialdemokraten!)

Das sind alles Vorteile für Familien in Hamburg. Wenn wir das unsinnige Betreuungsgeld auch noch in den Kita-Ausbau stecken könnten, dann hätten wir noch mehr davon für die Familien.

(Beifall bei der SPD – Dietrich Wersich CDU: Wie viel zahlt Hamburg ein?)

Auch in Hamburg haben wir eine Investitions- und Förderbank geschaffen, um kleinen und mittleren Unternehmen weitere Möglichkeiten der Förderung zu geben. Auch das ist aktive Wirtschaftspolitik, die vom Hamburger Senat betrieben wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der Senator hat es bereits benannt: Verkehrswege, Infrastruktur und Investitionsstau. Das ist etwas, das Sie uns in Hamburg hinterlassen haben, es ist etwas, was es im ganzen Bundesgebiet gibt. Die Verkehrswege, die Herr Seehofer angesprochen hat, die er selbst mit 7,5 Milliarden Euro beziffert hat, sind Zukunftsaufgaben, und dafür brauchen wir eine vernünftige Steuerpolitik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Herr Bläsing das Wort.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Rösler hat alles richtig gemacht!)

Robert Bläsing FDP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzsenator, dass Ihre ambitionlose Konsolidierungspolitik in Hamburg ein schlechter Autoritätsbeweis für die Konsolidierungsanstrengungen, die auf Bundesebene notwendig wären, ist, ist nun wirklich keine Überraschung. Auch wenn Sie das mit den Cash GmbHs noch so oft wiederholen – das ist jetzt ungefähr das fünfte Mal, dass Sie dieses Beispiel gebracht haben –, dann müssen Sie doch ehrlicherweise auch sagen, dass es der rot-rot-grün-dominierte Bundesrat war, der die Einigung, die doch längst zwischen den beteiligten Parteien ausgehandelt war, blockiert hat, weil er es mit sachfremden Dingen verknüpft hat. Das müssen Sie ehrlicherweise auch dazu sagen, Herr Finanzsenator.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Frau Hajduk, stehen Sie doch einfach zu den Erfolgen, die es vielleicht durchaus in der rot-grünen Steuerpolitik gab. Es war doch nicht alles schlecht unter Rot-Grün.

(Beifall bei Dr. Andreas Dressel SPD)

– Das ist doch gar nicht möglich, Herr Dressel.

Aber es war vielleicht doch ein wichtiger Baustein zusammen mit der Agenda 2010, dass wir jetzt wirklich eine gute Situation in Deutschland haben.

(Beifall bei Finn-Ole Ritter FDP)

Dass die schwarz-gelbe Politik das in den letzten vier Jahren erfolgreich verlängert und fundamen-

(Robert Bläsing)

tiert hat, brauche ich eigentlich nicht zu erwähnen. Stattdessen greifen Sie jetzt wieder in die Mottenkiste der Siebzigerjahre. Angesichts von Steuerrekordeinnahmen ist das nun wirklich der falsche Weg.

Das Steuersystem ist im Grunde doch gerecht, das hat sogar "Der Spiegel" vor einigen Monaten konstatiert, und der ist nun wirklich keine neoliberale "Prawda"; das muss ich einmal sagen. Er hat festgestellt, dass 50 Prozent der Bürgerinnen und Bürger überhaupt keine Steuern zahlen und 10 Prozent der obersten Einkommen die Hälfte der Steuern zahlen. Dass das alles in allem gerecht ist, kann wirklich niemand von der Hand weisen.

(Beifall bei der FDP)

Die Politik von Rot-Grün wird die Konjunktur abwürgen. Wir können sehen, wohin das führt. Mir blutet als Europäer das Herz, wenn ich nach Frankreich blicke, aber dort liegt die Schablone für Ihre Politik, die mit Reichenpolemik garniert ist. Wohin das führt, das können wir bei unserem Nachbarn sehen, und das darf in Deutschland nicht passieren.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Der Antrag der Kolleginnen und Kollegen der CDU ist richtig. Es ist wichtig, dass man auch relativ unwahrscheinliche Katastrophenszenarien beleuchtet, und zwar vor dem Wahltag. Da ich aber nicht glaube, dass Sie diesen Antrag annehmen werden, haben wir als FDP-Fraktion mit der Drucksache 20/8826 rechtzeitig eine Große Anfrage zu dem Thema eingebracht. Ihrem Weltbild des devoten Staatsuntertanen setzen wir das des selbstbewussten Staatsbürgers entgegen, für den sich Leistung auch lohnen muss. Das sind Bürger, die keine 30-Stunden-Woche mit einem Rieseneinkommen haben, sondern 60, 70 Stunden für ihr Unternehmen arbeiten und das Geld reinvestieren.

(Heiterkeit bei Sören Schumacher SPD)

Und die wollen Sie alle über einen Kamm scheren.

Frau Hajduk, Sie können mit Freibeträgen und so weiter noch so viel argumentieren – ob das verfassungsrechtlich haltbar ist, sei dahingestellt –, aber festzustellen ist, dass Sie das Steuersystem, das leider noch immer relativ kompliziert ist, obwohl wir es in den letzten Jahren schon etwas vereinfacht haben, dadurch noch komplizierter machen. Vielleicht finden die Steuerberater es gut, da das eine neue Konjunktur für sie wäre.

(Beifall bei der FDP – Sören Schumacher SPD: Dann schaffen Sie erst mal die 5 Prozent!)

Deshalb ist es auch richtig, den Soli endlich auslaufen zu lassen. Das wurde damals versprochen, und dieses Versprechen gilt für die FDP. Am

22. September haben wir die Entscheidung: Wollen wir den rot-grünen raffgierigen und nimmersatten Steuer- und Abgabenstaat oder wollen wir das Modell, das die FDP präferiert: einen starken Staat, der allerdings schlank mit seinen Ressourcen wirtschaftet?

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie von der CDU haben die Bürgerschaft mit Ihrem Antrag in eine Wahlkampfarena verwandelt. Das ist nicht in Ordnung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Finn-Ole Ritter FDP: Das schaffen Sie ja nie!)

Sie malen ein Gespenst von Rot-Grün, den Raffzähnen, an die Wand, aber hier im Raum glaubt doch niemand, dass es eine rot-grüne Regierung nach dem 22. September gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Selbst Sie stimmen mir zu, richtig? Trotzdem muss man etwas zur Steuerpolitik von Schwarz-Gelb sagen. Mehrfach ist gesagt worden – und das nehmen Sie nicht zur Kenntnis –, dass zurzeit 10 Prozent der Bevölkerung über 50 Prozent der Vermögen besitzen, und 50 Prozent der unteren Einkommen haben nichts. Sie haben über Jahre eine schwarz-gelbe Steuerpolitik nach dem Motto "Wer wenig hat, dem wird genommen, und wer viel hat, dem wird gegeben" gemacht.

(Finn-Ole Ritter FDP: Deswegen ist der Grundfreibetrag erhöht worden!)

Diese Politik der Steuerungerechtigkeit muss ein Ende haben.

(Beifall bei der LINKEN – Jörg Hamann CDU: Das stimmt!)

Die Grundlage für diese ungerechte Verteilung, die unter Schwarz-Gelb immer schlimmer geworden ist, ist vor zehn Jahren von Rot-Grün gelegt worden. Die SPD und die GRÜNEN haben das eingesehen und jetzt Programme geschrieben, in denen sie sich ein bisschen an uns orientieren. Das begrüßen wir sehr.

In einer Zeitschrift sind alle Steuerprogramme durchgerechnet worden, und es ist herausgekommen, dass die Vorschläge der GRÜNEN die meisten Steuereinnahmen produzieren und nicht die der LINKEN, um das deutlich zu sagen.

Ich würde gern von der Geisterdebatte Rot-Grün in die Realität zurückkommen. Meine Befürchtung ist, dass es nach dem 22. September eine Große Koalition gibt und dann das kommt, was ich schon 28 Jahre lang erlebt habe, nämlich dass die Steuer-

(Dora Heyenn)

programme der SPD Makulatur sind. Es wäre schade drum, weil es nötig ist, dass man es anders macht. Gregor Gysi sagte, dass es einen sozialdemokratischen Kanzler nur mit der LINKEN geben kann.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Vielen Dank!)

Das ist einfache Arithmetik, und mit Millionärssteuer, Spitzensteuersatz, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer und Transaktionssteuer haben wir viele Gemeinsamkeiten. Es gibt aber bei uns einen Unterschied zu den anderen Parteien, denn wir wollen eine Reform der Einkommensteuer. Das bedeutet, dass wir den Grundfreibetrag auf 9300 Euro erhöhen wollen und dass man bei Einkommen von 1000 Euro brutto im Monat keine Steuern zahlt. Wir wollen, dass die Einkommen bis 2500 Euro brutto pro Monat 85 Euro Steuern pro Monat weniger zahlen. Wir sind also nicht generell für Steuererhöhungen, sondern für Steuergerechtigkeit, und zwar sowohl in der Opposition als auch in der Regierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte dem CDU-Antrag aus Drucksache 29/8788 in der Neufassung seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 82, Drucksache 20/8810, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Personalmangel im Pflegedienst in Hamburgs Kliniken – die Auswirkungen auf die Versorgung der Patientinnen und Patienten darlegen.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE: Personalmangel im Pflegedienst in Hamburgs Kliniken – die Auswirkungen auf die Versorgung der Patientinnen und Patienten darlegen – Drs 20/8810 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Gesundheitsausschuss überweisen. Das Wort wird von Frau Artus gewünscht.

Kersten Artus DIE LINKE: * Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Ein Krankenhaus ist kein Bahnhof und eine Krankenstation kein Stellwerk,

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

aber da seit Jahren akuter Personalmangel in den Krankenhäusern herrscht, wünsche ich mir von der Bundeskanzlerin endlich eine vergleichbare Auffor-

derung an die Klinikkonzerne, wie sie sie jetzt an die Deutsche Bahn im Falle des Mainzer Bahnhofs gerichtet hat: Stellt endlich mehr Personal ein.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich weiß nicht, ob Frau Dr. Merkel ihren Blinddarm noch hat. Wenn er ihr herausoperiert werden müsste, dann würde das Krankenhaus dafür 3500 Euro bekommen, ganz gleich, welche Komplikationen auftreten und wie der individuelle Heilungsprozess verläuft. Grundlage ist ein seit 2003 auf Fallzahlen basiertes System. Es hat zu einer unglaublichen Ökonomisierung des Krankenhausbetriebs geführt. Die Folgen sind dramatisch und das nicht nur, weil Frau Merkel als mögliche Kassenpatientin in einem städtischen Krankenhaus nicht individuell versorgt werden würde. In der Folge wurde stückweise Personal abgebaut. Es ist heute normal, dass eine Station nachts von nur einer Pflegekraft betreut wird. Was macht also eine Pflegerin oder ein Pfleger, wenn es in mehreren Zimmern zeitgleich klingelt? Man muss sich den Stress vorstellen, den eine Pflegefachkraft hat, zu wissen, dass dringend ihre Hilfe benötigt wird, sie sich aber nicht zerteilen kann. Man muss sich vorstellen, was es für eine Patientin oder einen Patienten bedeutet, lange warten zu müssen, obwohl man ein dringendes Bedürfnis hat oder auch akute medizinische Hilfe braucht.

Die Gewerkschaft ver.di hat ausgerechnet, dass allein in Hamburg über 4000 Stellen in der Krankenhauspflege fehlen. Man muss sich vorstellen, welche Lücken das in den Krankenhausstationen bedeutet. Bei fast 40 Krankenhäusern in Hamburg können Sie sich das schnell einmal ausrechnen. Eine Pflegekraft als Nachtwache ist da nur ein Beispiel. Es fallen auch immer wieder Operationen aus, und es wird oft viel zu früh entlassen. Nach einem Kaiserschnitt gehen frischgebackene Mütter heute nach fünf Tagen aus der Klinik, vor zehn Jahren hielten sie sich noch neun Tage in der Klinik auf. Apropos Kaiserschnitt: Jede dritte Geburt endet heute mit einem Kaiserschnitt. Haben die Frauen etwa das Kinderkriegen verlernt? Nein, für eine natürliche Geburt bekommt ein Krankenhaus 1500 Euro und für einen Kaiserschnitt 2600 Euro.

(André Trepoll CDU: Was wollen Sie damit unterstellen?)

Ein Kaiserschnitt dauert zwanzig bis dreißig Minuten, während eine natürliche Geburt, das wissen Sie alle, mehrere Stunden Arbeit im Kreißaal erfordert. Die Krankenhäuser reden sich damit heraus, dass immer mehr Frauen einen Kaiserschnitt wünschen. Dem ist aber nicht so, höchstens sieben Prozent aller Kaiserschnitte geschehen auf Wunsch von Frauen.

Während also das Pflegepersonal abgenommen hat – auch wenn es in den letzten Jahren wieder eine leichte Zunahme gab –, steigen die Behand-

(Kersten Artus)

lungsfälle. Die Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland betreuen jährlich über 18 Millionen Menschen – 1996 waren es noch etwas über 16 Millionen. Andersherum ausgedrückt kamen 1996 noch 46,3 Patientinnen und Patienten auf eine Pflegekraft, 14 Jahre später waren 59 Menschen pro Fachkraft zu versorgen.

Dass jeder Behandlungsfall – ob eine Blinddarm-OP oder eine Geburt – nur pauschal vergütet wird, setzt die Krankenhäuser auch unter einen enormen wirtschaftlichen Druck. Das hat zur Folge, dass mehr Behandlungen erzeugt werden, siehe die Kaiserschnittquote. In einigen Privatkliniken kommt übrigens schon jedes zweite Baby nicht mehr auf natürlichem Wege zur Welt. Immer mehr Technik wird eingesetzt, um Bettlägerige zu überwachen, und die Betten werden so schnell wie möglich wieder freigemacht, da jeder Tag das Krankenhaus Geld kostet. Aber Herr Bahr, noch Gesundheitsminister, zweifelt nicht daran, dass man durch Wettbewerb unter den Krankenhäusern zu besseren Versorgungsbedingungen kommt, und schiebt die Schuld den Ländern zu, die Krankenhäuser nicht ausreichend zu finanzieren. Es ist relativ leicht, verehrte Abgeordnete, die Schuld für die Situation in den Krankenhäusern auf andere abzuschieben, und wir werden das gleich in einigen Reden bestimmt wieder zu hören bekommen.

DIE LINKE ist der Auffassung, dass das Pflegepersonal der Schlüssel zu einer humanen Pflege ist. Wir benötigen daher eine Mindestpersonalbemessung. Es muss eine Regelung entwickelt werden, nach der eine humane Pflege und gute Arbeitsbedingungen gewährleistet sind. Im Spagat zwischen ärztlicher Heilkunst und Ökonomisierung des Krankenhausbetriebs sind die Pflegefachkräfte das wichtigste Scharnier.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen fordern wir Sie auf, unserem Antrag zuzustimmen und eine Bundesratsinitiative über Hamburg auf den Weg zu bringen, die festschreibt, wie viele Pflegefachkräfte pro Patientin und Patient eingesetzt werden müssen.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Der zweite Teil unseres Antrags befasst sich mit der konkreten Versorgungssituation unserer Krankenhäuser in Hamburg. Eine Große Anfrage, die wir vor knapp einem Jahr an den Senat gerichtet haben und mit der wir die Situation der Notfallversorgung und der Intensivmedizin in Bezug auf Mehrarbeit und Überstunden abgefragt haben, brachte keine vernünftigen Ergebnisse.

Es gibt über dreißig Plankrankenhäuser in Hamburg. Sie haben einen konkreten Versorgungsauftrag. Die Auskünfte, die diese Krankenhäuser zur Großen Anfrage zur Verfügung gestellt haben, sind dürftig. Asklepios behauptete konstant, dass es sich bei den gewünschten Antworten um Betriebs-

und Geschäftsgeheimnisse handele. Wer bislang nicht wusste, wo der Unterschied zwischen privat und öffentlich liegt, der weiß es spätestens seit dieser Aussage.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

So ist es angeblich ein Geschäftsgeheimnis, wie viele Notfallpatientinnen und –patienten Asklepios aufnimmt. Und auch wie sie sich auf die zentralen Notaufnahmen verteilen und wann die Spitzenzeiten der Einweisungen stattfinden, ist geheim. Warum darf die Öffentlichkeit nicht wissen, wann Patientinnen und Patienten bei Asklepios medizinische Hilfe suchen? Ich verstehe das nicht, und ich weiß, was Geschäftsgeheimnisse sind. Einen Versorgungsauftrag zu erfüllen, darf nicht geheim bleiben. Es ist eine Frechheit, dass wir hierzu keine Antworten bekommen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Informationen wären für Senat und Bürgerschaft sehr wichtig, weil durch sie festgestellt werden könnte, ob die Kapazitäten für die Notaufnahmen ausreichen und wann gegebenenfalls investiert werden muss. So bekam die Asklepios Klinik Wandsbek vor wenigen Jahren 8 Millionen Euro für eine zentrale Notaufnahme aus Steuergeldern finanziert. Heute schreibt Asklepios Wandsbek übrigens auf seiner Website, dass pro Jahr 30 000 Patientinnen und Patienten in der Notaufnahme behandelt werden. Entweder ist die Zahl reine PR oder der Senat wird an der Nase herumgeführt.

Deswegen fordern wir den Senat auf, seinen Einfluss über den Aufsichtsrat geltend zu machen und der Bürgerschaft endlich umfassend Bericht zu erstatten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Artus, Sie haben im ersten Teil Ihrer Rede ein sehr großes Thema aufgemacht, indem Sie das DRG-System grundlegend angegriffen haben, wenn ich es richtig verstanden habe. Das von Hamburg aus so verändern zu wollen, wie Sie es angemahnt haben, halte ich für zu hoch gegriffen. Damit würden wir uns kräftig übernehmen.

(Beifall bei *Dietrich Wersich CDU*)

Außerdem entspricht das nicht dem, was in Ihrem Antrag gefordert wird. Sie möchten konkrete Informationen darüber, welche Pflegeleistung wie in welchem Krankenhaus erbracht wird. Wir stehen da vor einem Systemproblem mit den DRG, den Abrechnungspauschalen, und außerdem vor dem Problem, dass nach der Privatisierung von Kran-

(Dr. Martin Schäfer)

kenhäusern auch Freigemeinnützige ihr Recht in Anspruch nehmen, bei solchen Angaben auf das Betriebsgeheimnis zu pochen. Ich weiß nicht, wie wir dieser Falle entgehen können. Wir müssen uns an Gesetze halten. Das passt mir auch nicht, und ich habe selbst diverse Anfragen in den zurückliegenden Jahren so beantwortet bekommen, aber wir müssen davon ausgehen, dass das so ist. Deswegen würde Ihr Antrag, wenn wir ihn einfach verabschieden würden, zu denselben Nicht-Ergebnissen führen, die Sie gerade beklagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir möchten das deshalb in Ruhe im Ausschuss besprechen. Ich gehe davon aus, dass wir dort doch mehr Informationen erhalten können, auf welchem Weg auch immer, zum Beispiel mit Anhörungen. Das halte ich für sinnvoller, als einfach eine Forderung an den Senat zu stellen, diese Informationen zu liefern.

Die Krankenhausinvestitionen befinden sich auf einem hohen Niveau. Das ist in Ordnung und führt dazu, dass die Versorgung in den Hamburger Krankenhäusern grundsätzlich gut ist.

(Beifall bei der SPD)

Das werden wir auch weiterhin so aufrechterhalten, und wenn es in Einzelfällen zu Problemen kommt, dann wird dem nachgegangen. Das alles können wir im Ausschuss besprechen ohne den Riesenkatalog an Fragen, den Sie aufgeworfen haben und der in sich stellenweise widersprüchlich ist, so abarbeiten zu müssen, wie er hier steht.

Mein Vorschlag und meine Bitte wären, dass wir das im Ausschuss grundlegend und ausführlich mit zusätzlichen Informationen, die wir bekommen werden, bereden. Alles andere würde übers Ziel hinausschießen und wäre eher kontraproduktiv.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Stöver.

Birgit Stöver CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag der LINKEN beschäftigt sich mit dem Personalmangel im Pflegebereich speziell in Hamburger Kliniken. Die Diskussion müsste darüber hinausgehen, denn im ambulanten Bereich und in der Altenpflege herrscht ebenfalls eine angespannte Situation. Jedoch ist zumindest der erste Schritt, dass wir uns über den Pflegekräfteeinsatz in Krankenhäusern unterhalten. Ich gebe Herrn Dr. Schäfer recht, dass wir das im Ausschuss tun sollten. Der zweite Teil des Antrags der LINKEN stellt viele Fragen, und auch darüber hinaus gibt es weitere Fragen, die wir im Ausschuss besprechen können.

Der Mangel an Pflegekräften ist kein neues Thema, es wird schon lange davor gewarnt. Und obwohl Maßnahmen ergriffen wurden, ist der Mangel an Pflegekräften bisher nicht wirksam eingedämmt worden. Auf der einen Seite stehen steigende Bedarfe an Pflegekräften – die Prognose bis 2030 geht von einer Verdoppelung der Zahl der Pflegebedürftigen aus – und auf der anderen Seite unbesetzte Stellen. Wir laufen zwangsläufig in einen Pflegenotstand hinein, und das sollten wir, wie die Frage, was bisher getan worden ist, um Abhilfe zu schaffen, generell noch einmal besprechen. Das Förderprogramm des Krankenhausentgeltgesetzes nach Paragraph 4 wurde 2009 aufgesetzt, und es sollten bundesweit 17 000 Stellen geschaffen werden. Für uns ist interessant zu erfahren, wie das in Hamburg umgesetzt wurde und ob Hamburg ausreichend berücksichtigt wurde.

Frau Artus, eine Bemerkung zu den Geburten, die Sie angesprochen haben: Wir sollten die ärztliche Kompetenz nicht so sehr infrage stellen, wie Sie es getan haben.

(Beifall bei *Karin Timmermann SPD*)

Ein Drittel der Geburten sind Kaiserschnitte, aber ich glaube nicht, dass man die ärztliche Kompetenz allgemein infrage stellen sollte, denn es gibt hierzu medizinisch notwendige Indikationen. Mittlerweile werden die Kinder immer schwerer geboren, und eine natürliche Geburt ist einer Frau zum Teil nicht mehr zuzumuten. Hier muss man die ärztliche Kompetenz also in den Vordergrund stellen.

(Beifall bei der CDU)

Noch ein Satz zur Vergütung von qualifizierten Pflegekräften; hier hat sich eine Weiterentwicklung ergeben. Es wird immer davon gesprochen, dass Pflegekräfte deutlich unterbezahlt seien. Es ist aber – und das sollten wir uns vielleicht noch einmal darstellen lassen – eine positive Entwicklung eingetreten, nämlich dass die Bezahlung von Pflegekräften mittlerweile an vergleichbare Berufe angepasst ist. Hier ist der Klinikbereich tatsächlich etwas im Hintertreffen, denn im ambulanten Bereich werden höhere Vergütungen gezahlt.

Meine Damen und Herren! Hamburg geht neue Wege. In der Presse wurden Pflegekräfte aus China gemeldet. Scheinbar ist die Rekrutierung aus Osteuropa nicht mehr ausreichend, und die Rekrutierung aus Korea und den Philippinen hat wohl auch nicht den gewünschten Effekt gebracht beziehungsweise wirft Schwierigkeiten sprachlicher Natur auf. Die vermeintlich gut ausgebildeten Kräfte müssen mit den deutschen Patienten auch kommunizieren können. Um wirksame Maßnahmen zur Abhilfe des Pflegemangels zu finden, lohnt es sich, jeden Strohalm zu ergreifen, diesen zu prüfen und zu untersuchen.

(Birgit Stöver)

Unabhängig von der Ausschussüberweisung, die schon angekündigt worden ist, möchte ich für unsere Fraktion sagen, dass die unter Punkt 1 erhobene Forderung nach einer Bundesratsinitiative von uns nicht mitgetragen wird, weil wir davon ausgehen, dass die Krankenhauspolitik richtigerweise Ländersache ist. Außerdem variieren die Personalanforderungen in den Ländern und sogar innerhalb der Länder in Abhängigkeit von Behandlungsangebot und Patientenspektrum extrem. Ein vom Bund verordnetes Universalmodell kann bei dieser Unterschiedlichkeit nicht die Lösung sein. Dieser Punkt ist reines Wahlkampfgeplänkel, und hier werden wir weder vor noch nach der Wahl mitgehen. Über die anderen Punkte können wir gern im Ausschuss sprechen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schmitt.

Heidrun Schmitt GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der verstärkte Wettbewerb in den Krankenhäusern in den letzten Jahren, das ist schon häufig genannt worden, hat sich in vielen Fällen einseitig zulasten der Pflege ausgewirkt. Obwohl die Krankenpflege eine zentrale Säule der Versorgung in den Krankenhäusern bildet, haben die Einsparungen überwiegend das Pflegepersonal betroffen. Dadurch ist die Situation in der Krankenpflege sehr angespannt. Die Arbeitsverdichtung hat zugenommen, die Patientenzahlen werden höher und die Auswirkungen sind inzwischen deutlich spürbar. Viele Kräfte sind oft überlastet und fürchten selber, dass es aufgrund dieser Situation häufiger zu Fehlern in der Pflege kommt. Die Arbeitsbelastung führt auch dazu, dass viele Fachkräfte nach nur wenigen Jahren den Beruf wechseln und der Personalmangel immer weiter verstärkt wird. Dieser Entwicklung entgegenzutreten ist dringend notwendig. Daher unterstützen wir im Grundsatz die Initiative der LINKEN.

Eine gesetzliche Regelung für eine bedarfsgerechte Personalausstattung zu schaffen, kann ein guter Weg sein, und wir sollten im Ausschuss darüber sprechen, welcher Weg passend ist. Allerdings sind auch noch einige Fragen offen. Es wurde schon angesprochen, dass wir über die notwendige Flexibilität angesichts der unterschiedlichen Situationen und Bedürfnisse vor Ort in den Häusern sprechen sollten. Wir sollten auch diskutieren, welche Kriterien für die Personalbemessung im Einzelnen angelegt werden und welche Sanktionen gegebenenfalls notwendig sind, um die Vorgaben durchzusetzen.

Meine Damen und Herren! So sinnvoll eine gesetzliche Regelung für die Personalbemessung sein mag, so klar ist auch, dass weitere Maßnahmen notwendig sein werden. Hierzu gehören die institu-

tionelle Stärkung der Pflegeberufe, wie wir sie mit unserem Vorschlag für eine Hamburger Pflegekammer vorantreiben wollen, die Weiterentwicklung der Pflegeausbildung und mehr Möglichkeiten der akademischen Aus- und Weiterbildung, um den steigenden Ansprüchen an die Pflegekräfte gerecht zu werden. Und hierzu gehört, dass Pflegekräfte künftig stärker eigenverantwortlich Patientinnen und Patienten versorgen können.

Der Antrag der LINKEN greift viele Punkte auf. Es wurde schon erwähnt, dass das ein großer Katalog an Fragen und Forderungen ist. Ich möchte noch einen Punkt herausgreifen, und zwar die Beteiligung Hamburgs an den Asklepios-Kliniken mit 25,1 Prozent. Der SPD-Senat hat in seinem Regierungsprogramm suggeriert, dass er damit ein Instrument in der Hand habe, um auf die Konzernpolitik Einfluss zu nehmen. Ich habe schon vor einiger Zeit mittels einer Schriftlichen Kleinen Anfrage herauszufinden versucht, welche Schritte unternommen wurden, um die Konzernpolitik zu beeinflussen. Das Ergebnis war zu erwarten und lässt sich schlicht damit zusammenfassen, dass keine konkreten Maßnahmen ergriffen wurden. Welche sollten es auch sein? Es überrascht nicht, dass eine 25-Prozent-Beteiligung an einem Unternehmen keinen Einfluss auf die Konzernpolitik sichert.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Nur wer die Erfahrung mit Asklepios völlig ausblendet, kann noch ernsthaft behaupten, dass mit 25 Prozent irgendetwas zu holen sei.

Meine Damen und Herren! Die Pflege im Krankenhaus braucht verstärkte Aufmerksamkeit. Der vorliegende Antrag bietet eine gute Gelegenheit, darüber zu sprechen, und diese würden wir gern nutzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die FDP freut sich auf die Diskussion im Gesundheitsausschuss. Wir sind für neue Informationen zur Versorgungsstruktur in Hamburg immer sehr dankbar, und deswegen wird auch die FDP einer Überweisung zustimmen. Die Aspekte unter Punkt 2 sind als Fragestellungen sicher interessant. Erlauben Sie mir aber noch drei grundsätzliche Bemerkungen.

Frau Artus, zunächst zu den Geschäftsgeheimnissen. Mich ärgert es auch, wenn der Senat Antworten mit der Berufung auf Geschäftsgeheimnisse verweigert. Sie wollen jedoch einen völlig falschen Eindruck erwecken, nämlich dass die bösen privaten Gesundheitsanbieter – Ihr persönliches Feind-

(Dr. Wieland Schinnenburg)

bild – diejenigen sind, die die Antworten verweigern. Ich darf Ihnen sagen, dass es dem Senat bei staatlichen Einrichtungen genauso geht. So verweigert das UKE zu Ihrer Großen Anfrage, Drucksache 20/4949, Seite 23, Angaben, und das verschweigen Sie. In der Drucksache 20/2054 hält der Senat die Wartungskosten bei Bussen des HVV für ein Geschäftsgeheimnis. Die Details zum Personalbestand des UKE in der Drucksache 20/3507 hält der Senat für ein Geschäftsgeheimnis. Und in der Drucksache 20/3685 hält der Senat die Einzelheiten des Vertrags der DB Rent bezüglich StadRAD für ein Betriebsgeheimnis. Mit anderen Worten: Der Fehler "mangelnde Auskunft bei Geschäftsgeheimnissen" tritt nicht nur bei den bösen privaten Gesundheitsanbietern auf, sondern so verfährt der Senat regelmäßig. Es harrt noch einer verfassungsrechtlichen Klärung, wie weit der Senat sich hierauf berufen kann. Aber Sie, Frau Artus, wollen den Eindruck erwecken, dass es nur die bösen privaten Gesundheitsanbieter seien, und das ist nicht so.

(Beifall bei der FDP und bei *Roland Heintze CDU*)

Der zweite Punkt. Sie fordern eine Bundesratsinitiative für eine gesetzliche Regelung der Personalausstattung oder Mindestpersonalausstattung in Kliniken. Wollen Sie ernsthaft eine pauschale Ausstattungsregelung für alle Kliniken und Fachbereiche, ob Gynäkologie, Innere oder Chirurgie? Das wollen Sie nicht im Ernst, denn dann müssten Sie eine sehr differenzierte Ausstattungsregelung haben, und zwar nach Stadt und Land, nach Schwerpunkt und einfacher Grundversorgung und nach verschiedenen Arten der medizinischen Versorgung. Wir hätten einen langen Katalog von hundert, zweihundert oder dreihundert Positionen. Sie wollen ein bürokratisches Monster, und so etwas lehnt die FDP ab.

(Beifall bei der FDP)

Beim dritten Punkt ist Ihr Begehren geradezu kontraproduktiv. Wenn Sie mit Menschen aus dem Krankenhaus sprechen, ob es Ärzte sind, Pflegepersonal oder sonstiges Personal, dann gibt es eine Sache, die sie sehr ärgert und die zumindest teilweise vermeidbar ist, die immer mehr steigende Bürokratie. Davon lese ich in Ihrem Antrag nichts. Immer mehr Energie und Zeit der Ärzte und des Pflegepersonals gehen nicht für die Behandlung drauf, sondern für Bürokratie. Das verursacht nebenbei auch Kosten. So geben die Krankenkassen immer mehr Geld für ihre eigene Verwaltung statt für die Behandlung aus.

Schauen Sie sich einmal folgende Zahlen in den alten Bundesländern von 1981 bis 2011 an. Einnahmen der Krankenkassen: plus 73 Prozent, Ausgaben für Ärzte – gemeint sind die niedergelassenen –: plus 50 Prozent, Ausgaben für Krankenkassen: plus 82 Prozent, aber Ausgaben für die eige-

ne Verwaltung der Krankenkassen: plus 107 Prozent. Die Krankenkassen geben mittlerweile 9,5 Milliarden Euro für ihre eigene Verwaltung aus, das ist fast so viel wie der Hamburger Haushalt.

Meine Damen und Herren! Das ist der Skandal: Immer mehr Geld für Bürokratie, immer weniger Geld für Behandlung. Das sollten Sie einmal aufgreifen.

(Beifall bei der FDP)

Schließlich, Frau Artus, ein Tipp für Sie persönlich. Wenn Sie das nächste Mal mit Ihrem Trabbi durch Hamburg fahren und im Stau stehen – das geht ziemlich schnell –,

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Wir fahren Fahrrad!)

dann halten Sie inne, denken Sie ein bisschen nach, legen Sie Ihre ideologischen Scheuklappen ab und danken Sie wie ich den privaten Gesundheitsanbietern in Hamburg. Ihr macht einen tollen Job. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin Prüfer-Storcks.

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung: Mein Anspruch ist eigentlich nicht, in die Geschäftsführung einzelner Asklepios-Kliniken hineinzuregieren, sondern mein Anspruch ist, durch die Krankenhausplanung, durch die kluge Investitionsförderung, durch Landesgesetze und durch Mitwirkung an Bundesgesetzen die Rahmenbedingungen insgesamt so zu setzen, dass alle Krankenhäuser in Hamburg eine gute Versorgung im Interesse der Patientinnen und Patienten bieten.

(Beifall bei der SPD)

So gesehen finde ich auch, dass man Anlass hat, sich der Personalsituation, insbesondere in der Pflege in Krankenhäusern, zuzuwenden. Ich bin auch der Meinung, dass gerade diese Berufsgruppe nicht die Wertschätzung und Aufmerksamkeit erfährt, die sie verdienen würde, denn der Beitrag der Pflege zum Erfolg einer Krankenhausbehandlung ist maßgeblich.

Ich bin ohne Frage auch der Meinung, dass es in den letzten Jahren, und die Zahlen belegen das, eine deutliche Arbeitsverdichtung gerade in der Pflege im Krankenhaus gegeben hat und dass allmählich dort auch das Ende der Fahnenstange erreicht ist, denn gute Qualität der Krankenhausbehandlung hat sehr viel mit guter Pflege zu tun. Wer auch in Zukunft noch Pflegekräfte gewinnen will, der muss gute Arbeitsbedingungen bieten.

(Beifall bei der SPD)

(Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks)

Allerdings schafft man das nicht, indem man die Pflege schlechter redet, als sie ist, und auch die Situation schlechter redet, als sie ist. Und da, Frau Artus, hatte ich bei Ihrem Beitrag gelegentlich den Eindruck, dass wir nicht nur in unterschiedlichen Städten, sondern auch in unterschiedlichen Gesundheitssystemen leben, denn die Zahlen und auch die Situation in Hamburg gibt das nicht wieder, was Sie hier als Szenario an die Wand gemalt haben.

In unseren Hamburger Krankenhäusern werden jedes Jahr fast 500 000 Menschen umfassend und gut versorgt. Dass die Behandlung in Hamburg geschätzt wird, zeigt auch die Zahl von einem Drittel der Patienten, die gar nicht aus Hamburg, sondern aus dem Umland kommen. Der Krankenhausstandort ist für die Patientinnen und Patienten hochattraktiv, und das ist zu einem guten Teil der guten Pflege zu verdanken.

(Beifall bei der SPD)

Ein Blick in die Zahlen zeigt auch, dass im Krankenhaussektor in den letzten Jahren alles andere als gespart worden ist. Wir haben die Vergütung der Krankenhäuser in Deutschland in den letzten 20 Jahren um 115 Prozent erhöht, von 30 auf über 64 Milliarden Euro. Die Fallzahlen sind in der Zeit um 20 Prozent gestiegen, das ist auch wahr, und die Verweildauer der Patientinnen und Patienten hat sich halbiert. Das war nicht immer zum Schaden der Patientinnen und Patienten,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Aber oft!)

das ist sehr häufig auch zu ihrem Vorteil und in ihrem Interesse. Aber die Zahlen zeigen auch, dass ärztliches Personal aufgebaut worden ist – deshalb auch die Steigerungen der Fallzahlen – und in der Pflege abgebaut wurde. Damit muss man sich tatsächlich befassen. Das sollten wir im Gesundheitsausschuss tun, denn die Lage ist kompliziert, die Fragestellungen sind komplex. Ich werde auch nicht alle Ihre Fragen beantworten können, die Sie gestellt haben, aber ich will das natürlich tun, so gut es geht, und vielleicht auch darüber hinaus einige Dinge ansprechen.

Die Frage, warum es eigentlich so ist, dass dieser Druck auf der Pflege lastet und sehr stark in den Aufbau von Arztstellen investiert wurde, hängt auch damit zusammen, dass eben ein Großteil der hohen Beträge, die in den Krankenhausbereich fließen, für Behandlungen verwendet werden, die sehr sachkostenintensiv sind, also zum Beispiel mit hohen Arzneimittelpreisen bei der Krebsbehandlung zu tun haben oder mit endoprothetischen Operationen und einem hohen Anteil von Prothesenkosten. Dieses Geld fehlt dann für Behandlungen, die sehr pflegeintensiv sind, und deshalb werden die dann auch von den Krankenhäusern nicht gerne gemacht. Ich halte das für eine Fehlentwicklung, aber um dieser zu begegnen, muss man

ganz tief in das System der Fallpauschalen einsteigen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin nicht der Meinung, dass die Fallpauschalen per se ein schlechtes System sind, sondern wie viele andere auch ist es eines, das ständig beobachtet und nachgesteuert werden muss, und an diesem Punkt, den ich genannt habe, gibt es bestimmt einen Nachsteuerungsbedarf – auch bei der Frage, warum wir eigentlich diese dynamische Mengenentwicklung haben.

Mit der Pflege im Krankenhaus ist es wie in anderen Bereichen auch: Vieles hängt mit vielem zusammen, aber eben nicht alles mit allem, und deshalb gibt es auch ein paar Punkte in Ihrem Antrag, die aus meiner Sicht nichts mit der Pflegesituation zu tun haben. Die Fallzahlen in Hamburg sind gestiegen – ich habe es schon gesagt –, aber in der letzten Zeit auch die Zahl der Stellen im Pflegebereich. Durch dieses Sonderprogramm, das vor Jahren aufgelegt wurde, hat es in Hamburg 500 zusätzliche Stellen in der Pflege gegeben, und die Hamburger Krankenhäuser bilden auch in hohem Umfang aus. Sie tun das schon im eigenen Interesse, und da werden wir uns in Zukunft wahrscheinlich noch stärker mit der Frage befassen müssen, wie denn diese Ausbildungsplätze, die zur Verfügung gestellt und durch die Beitragszahler finanziert werden, überhaupt besetzt werden können durch Menschen, die diesen Beruf ergreifen wollen. Da sind wir dann auch beim Thema Wertschätzung, Pflegekammer, generalistische Ausbildung und, und, und.

Das sind viele Themen, die man hier nur anreißen konnte und die wir vertieft im Ausschuss diskutieren sollten. Deshalb begrüße ich es auch, dass der Antrag überwiesen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Ich möchte mich erst einmal für die konstruktive und auch sachliche Debatte bedanken. Sie ist dem Thema sehr angemessen.

Ich möchte Ihnen nur noch einen kleinen Hinweis geben: Wir fordern unter I. keine ultimative und allumfassende Personalausstattung und Personalbemessung, sondern eine bedarfsgerechte. Genau diese Diskussion müssen wir führen, die müssen wir in Hamburg führen und sie muss bundesweit geführt werden. Selbstverständlich gibt es unterschiedliche Bedarfe, ich nenne nur einmal die Bereiche von Onkologie über Intensiv bis hin zur Endoskopie. Es ist klar, dass es da unterschiedliche Bedarfe gibt, aber dieses Pauschale geht wirklich

(Kersten Artus)

zulasten der Pflege und der Patientinnen und Patienten. Deswegen ist es wichtig, dass wir diese Diskussion führen. Natürlich stimmen wir einer Überweisung an den Gesundheitsausschuss zu.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/8810 an den Gesundheitsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig passiert.

Ich rufe den Punkt 20 der heutigen Tagesordnung auf, Drucksache 20/8442, Senatsantrag: Antrag des Senats auf Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Herrn Dr. Michael Otto.

**[Senatsantrag:
Antrag des Senats auf Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Herrn Dr. Michael Otto
– Drs 20/8442 –]**

Ich unterbreche die Sitzung nun für einige Minuten und bitte Sie alle, sich pünktlich um 18 Uhr, am besten um 17.55 Uhr, hier wieder einzufinden.

Unterbrechung: 17.38 Uhr

Wiederbeginn: 17.57 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich begrüße sehr herzlich Herrn Dr. Michael Otto in unserer Mitte.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Zunächst hat nun der Erste Bürgermeister das Wort.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Senat beantragt heute bei der Hamburgischen Bürgerschaft, dass unserem verdienten Mitbürger, Herrn Dr. Michael Otto, die Ehrenbürgerwürde verliehen werde – die höchste Auszeichnung, die die Freie und Hansestadt Hamburg zu vergeben hat. Sie tut das nicht oft und wenn sie es tut, dann setzt sie ein Signum Exclamationis, das weit über unsere Stadtgrenzen hinaus wahrgenommen wird. Im Namen des Senats trete ich heute vor das Plenum in der Überzeugung, dass wir ein neues würdiges Ausrufezeichen setzen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Warum sind wir dieser Überzeugung? Michael Otto ist erstens ein erfolgreicher Unternehmer – auch, aber da ist er in unserer Stadt nicht der Einzige. Er

hat das von seinem Vater übernommene Unternehmen weitergeführt und er hat es in beeindruckender Weise ausgebaut. Ein hamburgisches Unternehmen als wahrhafter Global Player: Es gibt Amazon, den großen weltweiten Wettbewerber, und es gibt OTTO.

Zweitens: Wer Produkte überall einkauft, hat Verantwortung für die Produktionsbedingungen, auch und besonders in den Teilen der Welt, die wir die Dritte Welt nennen. Dieser Verantwortung stellt sich der OTTO-Konzern, und er hat sich nicht zuletzt dadurch weltweit Anerkennung erworben, dass er die Umwelt- und Sozialstandards einhalten will, auf die sich die dafür zuständigen Organisationen und Gremien geeinigt und die sie festgelegt haben. Das erste und das zweite verdient Beachtung und Erwähnung, denn nicht alle tun es, und doch wäre Michael Otto der Erste, der sagen würde: Das ist selbstverständlich.

Meine Damen und Herren! Der Senat will Dr. Michael Otto nicht als erfolgreichen, pflichtgemäß seiner Verantwortung nachkommenden Unternehmer ehren, sondern als Citoyen, als einen Hamburger Bürger und Unternehmer, der über das Notwendige hinaus wirtschaftliche und gesellschaftliche Verantwortung übernimmt, der verstanden hat, dass wir als Bürger und als Unternehmer eine Verantwortung haben, die über uns selbst hinausgeht, und der die Überzeugung, dass jeder eine faire Chance verdient, in Projekte und Förderaktivitäten gegossen hat.

Meine Damen und Herren! Die Öffentlichkeit – gerade auch hier in seiner Wahlheimat Hamburg – kennt Michael Otto als Förderer. Dazu werden gleich etliche Beispiele zu nennen sein.

Ich will besonders zu dem Hamburger Hauptschulmodell etwas sagen. Dieses Projekt, diese Initiative, dieses Modell hat Dr. Michael Otto vor mehr als zehn Jahren sehr wesentlich mit angeschoben. Und ich habe es so verstanden, dass er für die Überzeugung einstehen wollte, dass Bildung nicht nur für alle als Angebot zur Verfügung stehen muss – diese Überzeugung ist längst mehrheitsfähig –, sondern dass alle jungen Leute tatsächlich in die Lage versetzt werden müssen, dieses Angebot wahrnehmen zu können, beziehungsweise es überhaupt erst einmal zu wollen. Man kann gute Bildungsabschlüsse schaffen, auch wenn man vom familiären Hintergrund, von den Bedingungen des Aufwachsens her nicht privilegiert ist, wenn man aus einem eher bildungsfernen Milieu kommt und auch, wenn man arm ist.

Aber es funktioniert nicht von selbst und es funktioniert auch noch nicht automatisch dadurch, dass man Schulsysteme ändert, umstrukturiert und wieder zurück reformiert. Manche brauchen eine besondere Art von persönlicher Ansprache, von Anschlag, nötigenfalls auch nachdrücklich, so lange bis klar ist: Auch der hier oder die hier wird nicht

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

zurückbleiben, sondern die Möglichkeit haben, sich ein selbstständiges Leben, ein gutes Erwerbsleben aufzubauen. Und so muss es sein, denn auf dem Weg in die Zukunft unserer Stadt Hamburg darf niemand am Wegesrand zurückbleiben.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Das Hamburger Hauptschulmodell und die weiteren Entwicklungsschritte hin zur heutigen Jugendberufsagentur, die inzwischen europaweit Beachtung und Nachahmer findet – diese Entwicklung ist etwas Besonderes. Darauf können wir stolz sein.

Und darauf, einen solchen Citoyen in unseren – früher hätte man gesagt: Mauern – zu haben, aber Mauern hat und will Hamburg keine mehr um sich herum, einen solchen Citoyen in unserem offenen, polyglotten Gemeinwesen zu haben, dem es am Herzen liegt, älteren und jungen Leuten zu ermöglichen, sich in ihren Kompetenzen zu entfalten.

Übrigens, was die unterschiedlichen Kompetenzen betrifft, die bringt auch das großartige Projekt "The Young ClassX" zum Klingen. Kinder und Jugendliche werden für die klassische Musik begeistert und lernen dabei, wiederum mit der Unterstützung von Michael Otto, wie man gemeinsam erfolgreich sein und einen wunderbaren Sound erzeugen kann. Inzwischen sind sie schon Dauer-Gaststars bei unseren stimmungsvollen Einbürgerungsfeiern.

Meine Damen und Herren! Der Stifter Michael Otto hat etliche weitere Ausrufezeichen gesetzt: mit zahlreichen Projekten im Bereich Jugend und Bildung, mit weiteren Unterstützer-Aktivitäten im Bereich Kunst und Kultur, wobei das Stichwort "Elbphilharmonie" nicht das Unwichtigste ist, mit etlichen Ehrenämtern und Tätigkeiten in der Handelskammer, Initiativen und Vereinen und natürlich mit der bekannten Michael-Otto-Stiftung für Umweltschutz. Das alles fügt sich in die spezifisch hanseatische Kultur des Stiftens, des Bürgersinns, der in Hamburg älter ist als der heutige Begriff "Corporate Social Responsibility".

Als ein signifikantes Beispiel mag auch die Rettung des 800. Hafengeburtstags 1989 dienen. Ein Jahr vorher sah es um den Vorbereitungsstand nicht gut aus. Hohen Erwartungen standen ebenso hohe Kosten, aber kaum Spenden und Sponsoren gegenüber, ein unkalkulierbares Defizit drohte. Es war Michael Otto, der sich – das ist jetzt ein Vierteljahrhundert her – dem Senat zur Verfügung sowie an die Spitze einer Ehrenkommission stellte. Das war nicht eben frei von Risiken, doch er hat im Verein mit anderen die achthundertsten Jubiläumskastanien aus dem Feuer geholt – ein frühes Beispiel für seine stete Bereitschaft, sich für das Gemeinwesen in die Pflicht nehmen zu lassen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Das, meine Damen und Herren, ist die eine Seite des Dr. Michael Otto. Die andere – und das Stichwort "Umwelt" ist schon gefallen – ist mindestens genauso wichtig. Michael Otto ist vor Jahren der Sustainability Leadership Award einer internationalen Investmentagentur verliehen worden, die sich dem Nachhaltigkeitsgedanken verpflichtet sieht. Nicht seine erste, nicht seine letzte, vielleicht auch nicht seine wichtigste Ehrung. Oder doch? Der Preis, hieß es seinerzeit, werde vergeben in der Überzeugung, dass Personen, die der Nachhaltigkeit am Arbeitsplatz hohe Aufmerksamkeit und Anstrengung widmeten, öffentliche Anerkennung zu stehe.

Nachhaltigkeit am Arbeitsplatz ist ja sehr viel mehr als das, was einem zuerst in den Sinn kommt, etwa dass stromsparende Computer angeschafft, Baustellenabfälle sortenrein getrennt und die Thermostatventile an den Büroheizungen mit Überlegung benutzt werden. Damit fängt es an, und das ist in keiner Weise gering zu schätzen. Doch in Verbindung mit Leadership und befeuert von den Ideen eines innovativen Unternehmers, der sich dem Gemeinwohl verpflichtet sieht, kombiniert mit dem bürgerlichen Stifter-Sinn des Privatmanns, wird aus Sustainability oder Nachhaltigkeit viel mehr, etwas viel Umfassenderes: die verantwortungsbewusste Mitarbeit an der ökologischen, sozialen und demokratischen Sustainability des Gemeinwesens.

Die firmeneigene Definition des Begriffs "Produktqualität" will ich zitieren, übrigens auch, weil sie sehr ähnlich in der Umweltbehörde unserer Stadt angewendet wird:

"Ein Produkt ist nicht schon dann qualitativ hochwertig, wenn es besonders haltbar, gut verarbeitet und schön anzusehen ist, sondern erst dann, wenn auch die unsichtbare Qualität stimmt. Dies ist der Fall, wenn bei seiner Herstellung so wenig negative Auswirkungen wie nur möglich auf Mensch und Umwelt entstanden sind."

– Zitatende.

Daraus folgt die Verpflichtung der eigenen Unternehmen nicht nur auf Mitarbeit an der Entwicklung zertifizierungsfähiger Sozialstandards der Branche, sondern auf eigene Verhaltenskodices, auch für Zulieferer, keine Kinderarbeit, ordentliche Arbeitszeit- und Lohnregelungen, gute Sicherheitsstandards und auf ein klares Diskriminierungsverbot.

OTTO hat seit 1997 als erstes Handelshaus weltweit die ISO-14001-Zertifizierung für sein Umweltmanagementsystem erhalten. Die Unternehmen arbeiten an der Verringerung transportbedingter Emissionen, verwenden Holz mit dem FSC-Siegel und vieles andere, was ich hier nur beispielhaft nennen kann. Nicht zuletzt geht es um nachhaltige, gesundheitsverträgliche Produkte, namentlich

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

Textilien, aus schonendem Anbau – wichtig für die Produzenten und auch für uns hier; erinnern wir uns doch mit Schrecken an zum Beispiel hohe Dioxin-Rückstände in Waschmaschinen-Abwässern durch den Import pestizidbelasteter Baumwollkleidung.

Meine Damen und Herren! Ich fasse zusammen. Michael Otto hat sich um seine, um unsere Stadt verdient gemacht als Unternehmerpersönlichkeit, als Stifter, als Kulturfreund und engagierter Bürger. Sein langjähriger und vielfältiger Einsatz im Sinne der Stadt Hamburg und ihrer Bürgerinnen und Bürger macht ihn zu einer herausragenden Persönlichkeit. Hamburg würdigt die Leistungen von Dr. Michael Otto mit der höchsten Ehrbezeugung, die die Stadt verleihen kann: der Ehrenbürgerwürde. Dafür bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Nun haben die Fraktionen nacheinander das Wort. Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, sehr verehrter Herr Dr. Otto, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verleihung der Ehrenbürgerwürde ist die höchste Auszeichnung, die die Freie und Hansestadt Hamburg vornehmen kann. Für diese seltene Auszeichnung gibt es keine schriftlich niedergelegten Regeln. Dem Senat steht das Recht der Verleihung des Ehrenbürgerrechts zu und es wurde ihm zunächst zuteil, das selbst auszuüben. Seit längerer Zeit hat es sich eingebürgert, dass auch die Bürgerschaft um Zustimmung gebeten wird. Das ist für mich als Abgeordneter natürlich ein wichtiger Punkt. Heute können wir sagen: Mit einer sehr breiten Mehrheit werden wir dem Vorschlag des Senats folgen, Dr. Michael Otto die Ehrenbürgerschaft auszusprechen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Mit seinen zahlreichen Engagements für den Umwelt- und Klimaschutz, die Kultur, den Bildungsbe- reich und zahlreiche weitere Projekte stehen Sie, lieber Herr Otto, seit Jahrzehnten beispielhaft für eine Unternehmerpersönlichkeit, die wirtschaftlichen Erfolg immer auch als gesellschaftspolitische Verantwortung und Verpflichtung begreift. Ihr herausragender Einsatz ist dabei stets geprägt vom Gedanken der Nachhaltigkeit und von der Schaffung langfristiger Strukturen. Sie haben einmal gesagt:

"Wir dürfen nie vergessen, was wir in Deutschland im Grundgesetz verankert haben: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. [...] Mein Unternehmerbild ist immer noch das des Ehrbaren Kaufmanns, dem es

um Fairness, Offenheit und Zuverlässigkeit geht, Vertrauen eben. [...] Dahinter steckt die Überzeugung, dass all unser Handeln sich letztlich am gesellschaftlichen Nutzen spiegeln sollte."

– Zitatende.

So hat Michael Otto bereits 1986 den Umweltschutz als Unternehmensziel festgeschrieben. Damit hat er in visionärer Vorausschau viel früher als andere Unternehmen auf die wirtschafts- und umweltpolitischen Herausforderungen der späteren Jahre reagiert. Sein Credo war dabei stets:

"Die Wirtschaft muss dem Wohle des Menschen dienen, nicht umgekehrt."

Mit zahlreichen Initiativen kämpft er gegen Kinderarbeit bei seinen Zulieferern; das ist schon angesprochen worden. Vorbildlich ist zudem sein entschlossener Kampf gegen den Klimawandel, sein Eintreten für den Gewässerschutz und sein Engagement bei Entwicklungsprojekten in armen Ländern und überhaupt seine Stiftung. Michael Otto widmet sich vielfältigen Initiativen, Stiftungen und Projekten, die vom Klimaschutz über die Förderung von Bildung, Kunst und Musik bis hin zur Entwicklungshilfe und Völkerverständigung reichen. Besonders hervorheben möchte ich Ihre Stiftung, die Michael-Otto-Stiftung, die Sie vor 20 Jahren gegründet haben. Nicht nur die Millionen Versandhauskunden der Otto-Gruppe sagen "Otto...find' ich gut", sondern das meinen seit 1993 wahrscheinlich auch viele Flussfische und andere Tiere in europäischen und anderen Gewässern. Im Mittelpunkt der Arbeit der Stiftung stehen nämlich der Schutz und der Erhalt der Lebensgrundlage Wasser. Die Stiftung setzt sich im Rahmen von Großprojekten für den Erhalt von Flusslandschaften ein und fördert den Ausbau von Naturreiservaten. Die Liste der Schutzprojekte reicht vom Niederrhein über den Alsterlauf bis hin zum Ag-Göl, einem ökologisch einmaligen Flachwassersee in Aserbaidschan.

Michael Otto handelt mit seiner Stiftung aber auch im Kleinen. Jedes Jahr werden sogenannte Aqua-Projekte, die ausschließlich von Kindern und Jugendlichen umgesetzt werden, in Deutschland mit rund 25 000 Euro unterstützt. Das Besondere dabei: Über die Förderwürdigkeit entscheidet ein extra dafür eingerichtetes Jugendkuratorium, wie ich finde, eine wirklich vorbildliche Initiative.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der FDP und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Unser Bundespräsident Joachim Gauck wandte sich anlässlich seines 70. Geburtstags vor wenigen Wochen in einer Festrede direkt an Michael Otto.

"Es ist aber nicht Ihr Erfolg, der uns hier zusammengeführt hat, so sehr wir ihn bewun-

(Dr. Andreas Dressel)

dern. Es ist auch nicht nur Ihre Freigiebigkeit als Stifter. Es ist vor allem Ihre Bereitschaft zur Verantwortung. Wir ehren Sie also, weil Sie mit dem von Ihnen erwirtschafteten Geld Gutes tun – und mehr noch, weil Sie dieses Geld konsequent und auf möglichst gute – sprich verantwortungsvolle – Weise erwirtschaften."

– Zitatende.

Meinen Damen und Herren! Dieser Ansprache unseres Bundespräsidenten können wir uns nur anschließen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Mäzenatentum hat in Hamburg eine lange Tradition. Wir blicken mit Stolz auf die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die sich mit vorbildlichem Engagement für das Gemeinwohl eingesetzt haben und deren Namen heute noch jeder kennt – Leitz, Bucerius, Körber –, und in diese Tradition fügen Sie sich nahtlos ein. Mit Ihrem Netz an Stiftungen engagieren Sie sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen, Sie verbinden Generationen und Kulturen. Sie haben erkannt, dass der Staat eben nicht die alleinige Verantwortung für alle Lebensbereiche übernehmen kann. Diese Einstellung ist zutiefst hanseatisch, und das verkörpern Sie hervorragend. Sie gehören zu den Menschen, die ihren Erfolg nicht als selbstverständlich ansehen, sondern ihn als Verpflichtung begreifen, sich für das Allgemeinwohl zu engagieren. Sie haben einmal gesagt:

"Nur großzügig Geld zu spenden, reicht einfach nicht, wenn man Dinge dauerhaft zum Besseren verändern will."

Sie haben immer wieder bewiesen, dass Sie durch aufrichtigen und persönlichen Einsatz Verantwortung für die Gesellschaft und die Umwelt übernehmen. Ich will zwei Beispiele aus der jüngeren Zeit nennen. Es gab Diskussionen, die in dieser Stadt viele Menschen bewegt haben; ich nenne die Themen Elbvertiefung und Schulreform. Sie haben sich nicht weggeduckt, sondern sich aktiv in die Diskussionen eingebracht. Sie waren geschätzter Moderator, Sie haben immer versucht, Brücken zu bauen, Menschen zusammenzubringen. Ich würde mich sehr freuen und bin sicher, auch die übergroße Mehrheit dieses Hauses, wenn Sie dieses Engagement, sich in solche Diskussionen einzubringen, als Ehrenbürger weiterführen, weil Sie es eben hervorragend schaffen, Brücken zu bauen und Menschen zusammenzubringen. Das würden wir uns, glaube ich, alle hier sehr wünschen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Zum Schluss möchte ich betonen: Die heutige Verleihung der Ehrenbürgerwürde ist nicht nur für Sie

eine Ehre, lieber Herr Otto, sondern auch für die Freie und Hansestadt Hamburg. Sie haben neulich in einem Interview im "Hamburger Abendblatt" sehr eindrücklich Ihr Glücksgefühl beschrieben, Ehrenbürger zu werden: Es sei vergleichbar mit der Geburt eines Kindes. Lieber Herr Otto, genießen Sie dieses besondere Glücksgefühl. Sie haben es verdient, weil Sie sich um Hamburg verdient gemacht haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Herr Wersich das Wort.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, verehrter Herr Dr. Michael Otto! Mit großer Freude nimmt die CDU den Vorschlag des Senats entgegen, Michael Otto heute zum Ehrenbürger unserer Stadt zu ernennen. Michael Otto hat sich um seine Stadt verdient gemacht als Unternehmerpersönlichkeit, als Stifter, als Kulturfreund und als engagierter Bürgermeister – nein, Bürger –.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

So weit sind wir noch nicht, aber wer weiß.

So sagte es eben der Bürgermeister, und er hat recht.

Johann Carl Daniel Curio formulierte vor über 200 Jahren das Leitmotiv des traditionellen Hamburger Bürgersinns.

"Wir haben keinen Adel, keine Patrizier, keine Sklaven,"

– das war damals noch üblich –

"ja selbst nicht einmal Untertanen. Alle wirklichen Hamburger kennen und haben nur einen einzigen Stand, den Stand eines Bürgers. Bürger sind wir alle, nicht mehr und nicht weniger."

In Hamburg gab es keine fürstliche oder kirchliche Oberhoheit, und deshalb galt für jeden Hamburger Bürger früher der Satz: Jeder Bürger trägt Verantwortung für das Gemeinwohl. Dieser Satz gilt auch heute noch oder sollte zumindest auch heute noch gelten.

Dieses Engagement für das Gemeinwohl zusammen mit einem unermüdlichen persönlichen Einsatz zieht sich wie ein roter Faden durch das Wirken von Michael Otto. Der Senatsantrag, über den wir heute abstimmen, enthält eine umfangreiche Liste, und ich bin mir sicher, dass das nicht alles ist, was Michael Otto geleistet hat.

Michael Ottos Wirken konnte ich in meiner kurzen Zeit als Schulsenator bei einem auch vom Bürgermeister angesprochenen Projekt eindrücklich per-

(Dietrich Wersich)

sönlich erleben und schätzen lernen. Das von Ihnen vor über zehn Jahren aus der Taufe gehobene Hamburger Hauptschulmodell hat Schulen, Schüler und Unternehmen in vorbildlicher Weise mit der Zielsetzung zusammengeführt, allen Kindern in Hamburg eine berufliche Chance zu geben. Dieses Wirken von Michael Otto war so nachhaltig, dass es nicht nur ein wichtiges Vorbild, sondern auch ein Bestandteil des bereits zu unserer Regierungszeit entwickelten Konzepts für die berufliche Orientierung in allen Schulzweigen geworden ist. Es wird, der Bürgermeister hat es gesagt, nun auch vom derzeitigen Senat umgesetzt, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Doch zur ganzen Würdigung gehört auch die Erkenntnis, die Margaret Thatcher einmal über den barmherzigen Samariter formulierte: Niemand würde sich an ihn erinnern, wenn er nur gute Absichten gehabt hätte; er hatte auch Geld.

Wie vor ihm Kurt A. Körber, Alfred C. Toepfer und das Ehepaar Greve hat Michael Otto auch finanzielle Mittel, und auch hier liegt sein Vorbildcharakter. Mit der Großzügigkeit, dieses Geld nicht nur in den Ausbau des eigenen Unternehmenserfolgs oder private Zwecke zu stecken, sondern mit der Bereitschaft, einen erheblichen Teil in das Gemeinwohl unserer Stadt zu investieren, stellen Sie sich in die große Reihe der Hamburger Stifter und Mäzene.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

So handeln längst nicht alle, die in Hamburg zu Wohlstand gekommen sind; das sollte man auch einmal sagen.

Michael Otto hat immer wieder großzügig Dinge gefördert, die vielen Menschen in Hamburg nützen und gut für unsere Stadt sind: die Staatliche Jugendmusikschule, das Hamburg Museum, die Kunsthalle und die Elbphilharmonie. Mit dem Projekt "The Young ClassX" möchte er Kinder und Jugendliche aus sozial schwierigen Verhältnissen spielerisch an klassische Musik heranführen. Und die bereits erwähnte, 1993 gegründete Michael Otto Stiftung für Umwelt fördert unter anderem Projekte zum Wasserschutz.

Meine Damen und Herren! Die Verleihung der Ehrenbürgerwürde ist die höchste Auszeichnung, die die Freie und Hansestadt Hamburg vornehmen kann, und sie ist eine seltene Auszeichnung. Dr. Michael Otto ist ein vorbildlicher hanseatischer Unternehmer aus einer bedeutenden Familie, der sich in außerordentlicher Weise für das Wohl unserer Stadt einsetzt. Dr. Michael Otto leistet mit seinem sozialen, ökologischen und kulturellen Engagement einen wertvollen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt. Wir

sind stolz darauf und froh über Ihr Wirken. Wir gratulieren Ihnen von Herzen und heißen Sie als Ehrenbürger der Freien und Hansestadt Hamburg herzlich willkommen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Kerstan.

Jens Kerstan GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Dr. Otto, meine Damen und Herren! Bürgerschaft und Senat verleihen heute die Ehrenbürgerwürde an Herrn Dr. Michael Otto. Michael Otto ist unserer Stadt seit vielen Jahrzehnten verbunden, als Unternehmer, als Stifter, als Mäzen und Förderer, und da, wo es nötig ist, auch als leise, aber umso eindringlichere Stimme in der öffentlichen Debatte. Bei aller Zurückhaltung und Bescheidenheit, die Sie auszeichnen, ist Ihr Engagement immer ein öffentliches gewesen – kein parteiliches, aber doch immer ein politisches. Wo auch immer Sie sich engagiert haben, ging es Ihnen im Kern häufig darum, andere zum Mitsprechen und Mitarbeiten zu motivieren, zwischen gegensätzlichen Positionen zu vermitteln und das Gemeinsame zu suchen. Dieses Engagement entspringt echtem Verantwortungsbewusstsein und der Einsicht, dass wir in unserem Gemeinwesen voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind. Ihr Engagement und Einsatz in diesem Bereich ist beispielhaft. Mit der heutigen Verleihung der Ehrenbürgerwürde danken wir Ihnen dafür sehr herzlich.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP)

Ihr Engagement ist nicht die patriarchalische Geste, mit der einer, der viel hat, Gaben verteilt, und genauso fremd ist Ihnen das kalkulierte Social Sponsoring, das Investieren in das Soziale, bei dem es einem eigentlich um den eigenen Imagegewinn geht, den man einstreichen möchte. Sie haben in vielen Bereichen leise und ohne großen Aufhebens die Dinge gefördert und vorangebracht, und vieles darüber ist heute schon von meinen Vorrednern gesagt worden.

Deshalb möchte ich aus Ihrem vielfältigen Engagement nur zwei Punkte hervorheben, die mir persönlich nah und wichtig sind. Das ist zum einen der Schutz von Umwelt und Natur. Es freut mich, der ich als langjähriger Vorsitzender eines kleinen Umweltverbands erst zur Politik gekommen bin, eine Würdigungsrede für jemanden zu halten, der ein solch langjähriges Engagement in diesem Bereich an den Tag gelegt hat. Natur- und Umweltschutz ist eine Konstante im Engagement von Michael Otto. Das gilt für den Unternehmer, der einer der Pioniere umweltbewussten Managements nicht nur in Hamburg, sondern in ganz Deutschland gewesen ist und früh Umweltstandards in seinem Unterneh-

(Jens Kerstan)

men gesetzt hat, der Verantwortung für die Produkte übernommen hat, die er vertreibt, und sich für menschenwürdige Produktionsbedingungen in den Ländern eingesetzt hat, in denen die Produkte hergestellt werden. Das gilt aber auch für den Stifter. Dabei möchte ich die Michael Otto Stiftung hervorheben, die seit mehr als zwei Jahrzehnten immer wieder neue Projekte anstößt, nicht nur in Hamburg, sondern auch in der ganzen Welt. Im Mittelpunkt steht dabei der Schutz des Wassers und unserer Gewässer.

Mit den "Hamburger Gesprächen für Naturschutz" hat die Michael Otto Stiftung, haben Sie ein Forum gefunden und geschaffen, das den Themen Natur und Umwelt große Aufmerksamkeit verschafft und mit seinen Diskussionsrunden die nötige Reibung der Köpfe erzeugt, aus der neue Ideen entstehen können. Denn Naturschutz, so haben Sie es einmal gesagt, Herr Otto, ist Zukunftssicherung.

Diesem auf unsere gemeinsame Zukunft gerichteten Interesse entspringt auch Michael Ottos Engagement für die kulturelle und musikalische Bildung und Förderung insbesondere benachteiligter Jugendlicher. Vieles wurde schon genannt; das Hauptschulmodell ist natürlich auch für uns als GRÜNE Fraktion ein vorbildliches Projekt, das ich hervorheben möchte. Aber ich möchte eine weitere Begebenheit in diesem Bereich hervorheben, bei der wir beide uns das erste Mal intensiver und persönlicher begegnet sind, Herr Otto.

Nach dem erfolgreichen Volksbegehren zur Primarschule haben Sie sich als Vermittler und Schlichter in den sehr schwierigen Verhandlungen zwischen der Bürgerschaft und der Initiative "Wir wollen lernen!" zur Verfügung gestellt. Das war eine Aufgabe, mit der wenig Prestige verbunden war, sondern vielmehr die reale Gefahr, in diesem harten Meinungsstreit und den verhärteten Fronten auch selbst zwischen die Fronten zu geraten. Sie sind dieses persönliche Risiko eingegangen; das ist für jemanden mit Ihrer Position und Ihrem Ansehen in der Stadt bei Weitem keine Selbstverständlichkeit. Bei aller Bescheidenheit und Zurückhaltung zeichnen Sie dieser Mut und diese Bereitschaft zum persönlichen Einsatz bei den Themen, bei denen es um unser Gemeinwohl geht, aus. Mich hat das sehr beeindruckt, und man kann Ihnen das nicht hoch genug anrechnen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP)

Sehr geehrter Herr Otto, Sie haben kürzlich gesagt, dass Hamburg ein "Wir-Gefühl" brauche. Das ist aus Ihrem Mund keine Floskel und kein leerer Appell, denn dahinter steht jahrzehntelanges Engagement und Arbeiten für dieses "Wir" in unserer Stadt und unserem Gemeinwesen, für die Zukunft dieses Gemeinwesens und für die Zukunft nachfolgender Generationen.

Die Ehrenbürgerschaft ist die höchste Anerkennung, die diese Stadt dafür aussprechen kann, und dieser Anerkennung und diesem Dank schließt sich die GRÜNE Fraktion an. Wir gratulieren Ihnen sehr herzlich zur Ehrenbürgerwürde. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Suding das Wort.

Katja Suding FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Dr. Otto! Bürgerschaftliches Engagement hat in Hamburg eine große und lange Tradition. Diese große Tradition der Bürger- und Stadtrepublik Hamburg findet seit genau 200 Jahren ihre besondere Würdigung in der Verleihung der Ehrenbürgerwürde. 1813 wurde mit Baron Friedrich Karl von Tettenborn zum ersten Mal die Ehrenbürgerwürde Hamburgs verliehen. Mit ihm hat Hamburg 34 Ehrenbürger – Persönlichkeiten, deren Namen und Wirken bis heute einen starken Nachhall in unserer Stadt haben. Der jeweiligen Epoche entsprechend sind darunter nicht nur hohe Militärs und geheime Räte, Reichskanzler wie Otto von Bismarck und große Künstler wie Johannes Brahms und Ida Ehre, sondern auch klassische Unternehmer und Stifterpersönlichkeiten wie Kurt Körber oder Alfred Toepfer, publizistisch erfolgreiche Unternehmer wie Gerd Bucerus oder Rudolf Augstein und mäzenatisch besonders hervorgetretene Unternehmer wie das Ehepaar Hannelore und Helmut Greve.

Mit Ihnen, Herr Dr. Otto, würdigt Hamburg nun die 35. Persönlichkeit in 200 Jahren mit einer Ehrenbürgerwürde. Und das gleich aus mehreren Gründen: Sie haben sich nicht nur immer wieder als großzügiger Spender und Unterstützer gezeigt und so von Kunst und Kultur über wichtige Bauwerke bis hin zu Umweltschutz- und Bildungsprojekten in unserer und in Ihrer Heimatstadt Entscheidendes bewegt. Sie haben dabei auch eine Haltung demonstriert, die hinter diesem Wirken steht und deren Wert in der Tat besondere Würdigung verdient.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Ich persönlich habe diese Haltung als ehemalige Mitarbeiterin des Otto-Konzerns und in den Begegnungen und Gesprächen mit Ihnen, Herr Dr. Otto, tatsächlich auch häufig spüren dürfen. Es ist die offene Haltung eines kosmopolitischen und doch in seiner Heimat tief verwurzelten Mannes, die Haltung eines wirklich modernen Unternehmers und letztlich der zeitgemäß gelebte Geist liberaler Aufklärung, der sich gerade auch gesellschaftspolitisch einsetzt.

(Katja Suding)

Dr. Michael Otto hat als einer der ersten deutschen Unternehmer den Umweltschutz in seinem Unternehmen wirklich ernst genommen. Er hat sich als einer der ersten deutschen Unternehmer für eine moderne Ausbildungsplatzvermittlung und Berufsorientierung von Jugendlichen eingesetzt. Und er hat nicht die Herausforderung gescheut, in dem hochpolitischen Streit um die Primarschule, wir haben es angesprochen, einen Vermittlungsversuch zu unternehmen. Das ist bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftspolitische Verantwortung im ureigensten Sinne, und deshalb würdigen wir Sie heute zu Recht mit der Ehrenbürgerwürde Hamburgs.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Unternehmer wie Sie braucht das moderne Hamburg, Unternehmer wie Sie braucht Deutschland im 21. Jahrhundert. Sie haben einmal gesagt, wer Erfolg habe, solle etwas zurückgeben. Eine solche Haltung ist vorbildlich und mit Ihrem Wirken für unsere Stadt jede Ehrenbezeugung wert, die Hamburg zu erweisen hat. Deshalb unterstützt meine Fraktion mit großer Freude den Antrag des Senats, Herrn Dr. Michael Otto die Ehrenbürgerwürde der Freien und Hansestadt Hamburg zu verleihen. Wir gratulieren Ihnen und heißen Sie ganz herzlich willkommen als neuen Ehrenbürger Hamburgs.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält nun Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE.* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Dr. Otto! Seit 1948 wird das Ehrenbürgerrecht auch an Hamburger Bürgerinnen und Bürger vergeben, und seitdem sind 19 Personen in Hamburg mit dieser Auszeichnung geehrt worden. Darunter waren allerdings nur vier Frauen, das muss man einmal anmerken. Nun hat der Senat für die Ehrenbürgerwürde Sie, Herr Dr. Otto, vorgeschlagen, und in dem Antrag des Senats wird unter anderem mit dem Engagement als – ich zitiere – "beispielhafter Stifter" argumentiert. Mäzenatentum, das ist schon gesagt worden, hat in Hamburg eine lange Tradition bis auf den heutigen Tag. Das ist auch ein Grund, warum Hamburg heute Stiftungshauptstadt in der gesamten Bundesrepublik ist. Unbestritten haben Sie, Herr Dr. Otto, viele Dinge über Spenden angestoßen und am Leben erhalten, wofür die öffentlichen Haushalte kein Geld hatten, und das sind natürlich auch gute Taten. Aber, und das fragen wir uns, wer kann denn als Mäzen tätig sein? Doch nur Personen, die über Geld verfügen, und zwar über so viel Geld, dass sie das nicht dringend zum Leben brauchen und schon gar nicht zum Überleben. Insofern ist gerade der mögliche Um-

kehrschluss der Gleichung Mäzen gleich Gut-mensch für uns problematisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir von der LINKEN wissen auch Ihr Engagement für die Umwelt zu würdigen und konzedieren, dass Sie sich für den Umweltschutz verdient gemacht haben. Auch auf kulturellem Gebiet und in der Bildung haben Sie für Hamburg einen wichtigen Beitrag geleistet; das haben schon viele Vorredner gesagt. Besonders hervorgehoben wurde vom Senat das sogenannte Hamburger Hauptschulmodell, das inzwischen im neuen Übergangssystem Schule – Beruf integriert ist. Mit diesem Projekt haben Sie dazu beigetragen, dass die besonders aussichtslose Berufsperspektive von Hauptschülerinnen und Hauptschülern überhaupt erst wahrgenommen wurde. Das ist ein ganz besonderes Verdienst von Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Somit haben Sie quasi die Vorbereitung dafür geschaffen, dass die isolierten Hauptschulklassen unter der Senatorin Goetsch abgeschafft wurden. Es ist Ihnen in diesem Zusammenhang auch gelungen, die Bürgerschaft davon zu überzeugen, jedes Jahr einen dreistelligen Millionenbetrag für das Hamburger Hauptschulmodell zur Verfügung zu stellen. Das schafft noch lange nicht jeder.

In sozialen Fragen hätten wir Sie gerne an unserer Seite gehabt, insbesondere bei der Auseinandersetzung für einen existenzsichernden Mindestlohn.

Nach so viel Würdigung wird natürlich die Frage aufgeworfen, warum wir trotz alledem der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Sie, Herr Dr. Otto, heute nicht zustimmen. Es gibt in unserer Stadt viel soziales Engagement von sehr vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich ohne großes Vermögen für das Gemeinwohl und in tätiger Hilfe für Mitmenschen einsetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Davon lebt die Zivilgesellschaft. Grundsätzlich meinen wir, dass es an der Zeit wäre, endlich einmal jemanden zu ehren, der oder die nicht so herausragend zu den Vermögenden in dieser Stadt gehört.

(Beifall bei der LINKEN)

Als besonders problematisch empfinden wir die Tatsache, dass der Senat es nicht für nötig hält, endlich eine Hamburgerin oder einen Hamburger für aktives antifaschistisches Engagement mit der Ehrenbürgerwürde zu bedenken.

(Beifall bei der LINKEN)

In diesem Jahr erinnern wir in vielen Veranstaltungen und Reden an den Beginn des braunen Terrors durch die NSDAP vor 80 Jahren und rufen zur

(Dora Heyenn)

Wachsamkeit und zum Einsatz für die Demokratie auf. Wir von der LINKEN haben wiederholt vorgeschlagen, aus diesem Anlass endlich ehemalige Widerstandskämpfer beziehungsweise –kämpferinnen und Überlebende für ihren unermüdlichen Einsatz, die Erinnerung an diese schreckliche Zeit wachzuhalten, mit einer Ehrenbürgerschaft auszuzeichnen. Viele von ihnen gehen in die Schulen und treffen sich mit jungen Leuten, damit das Geschehene gegenüber vielen einzelnen Menschen nicht vergessen wird. Jedes Jahr haben wir weniger Zeitzeugen, weil viele von ihnen naturgemäß sehr alt sind und viele schon gestorben sind. Für alle 19 Ehrenbürger und Ehrenbürgerinnen ab 1948 kann man nachlesen, wofür sie ausgezeichnet wurden. Nicht eine einzige Persönlichkeit wurde für das Engagement gegen den Faschismus geehrt. Das ist in unseren Augen ein ganz großes Versäumnis.

(Beifall bei der LINKEN)

Das hätte unbedingt in diesem Jahr nachgeholt werden müssen, und deshalb wird DIE LINKE heute mit Nein stimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte dem Antrag des Senats folgen und stimmt der Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Freien und Hansestadt Hamburg an Herrn Dr. Michael Otto zu? – Die Gegenprobe bitte. – Enthaltungen? – Damit ist die Zustimmung mit sehr großer Mehrheit erfolgt.

Herr Bürgermeister, die Bürgerschaft hat das ihrige getan.

Meine Damen und Herren! Senat und Bürgerschaft bitten die geladenen Gäste zum anschließenden Empfang in unseren Festsaal.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Ende: 18.40 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Jan Balcke, Heiko Hecht, Doris Müller, Karin Prien, Hans-Detlef Roock und Mehmet Yildiz

Anlage

Zu Tagesordnungspunkt 3

**Wahl eines neuen stellvertretenden Vorsitzenden
der Kommission für Bodenordnung**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag des Senats:					
Jan Koops	106	96	6	4	0